

# Personenschäden außerhalb von Schmerzensgeld und Verunstaltungsentschädigung (Teil I)

## 1. Allgemeines

### 1.1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 1325 ABGB bestreitet derjenige, der jemanden an seinem Körper verletzt, die **Heilungskosten** des Verletzten, ersetzt ihm den entgangenen oder – wenn der Beschädigte zum Erwerb unfähig wird – auch den **künftig entgehenden Verdienst** und zahlt ihm auf Verlangen ein nach den erhobenen Umständen angemessenes **Schmerzensgeld**. Überdies hat der Schädiger bei **Verunstaltung** eine **Entschädigung** zu leisten (§ 1326 ABGB) und im Falle der **Tötung** den Hinterbliebenen den entgangenen **Unterhalt** zu ersetzen (§ 1327 ABGB).

Ähnliches sehen §§ 12 und 13 EKHG vor, nach denen im Falle der **Tötung** bzw der **Verletzung** des Körpers oder der Gesundheit zu ersetzen sind:

- die Kosten der (versuchten oder erfolgreichen) **Heilung** des Verletzten,
- der Vermögensnachteil, den der Verletzte dadurch erlitten hat bzw erleidet, dass infolge der Verletzung zeitweise oder dauernd seine **Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder gemindert** (gewesen) ist,
- die Kosten aus einer **Vermehrung** seiner **Bedürfnisse**,
- ein angemessenes **Schmerzensgeld** und
- im Falle der Tötung auch **Begräbniskosten** und **Unterhaltsentgang**, im Falle der Verletzung auch eine angemessene **Verunstaltungsentschädigung**.

**Unterschiede zwischen § 13 EKHG und § 1325 ABGB** bestehen primär nur in der Diktion; auch bei der Auslegung der §§ 1325 bis 1327 ABGB wird das EKHG in der Regel mitverwendet.<sup>1</sup> Entgangener Gewinn ist nach § 13 EKHG jedenfalls nicht, nach dem ABGB hingegen dann zu vergüten, wenn eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Schädigung vorliegt.<sup>2</sup> Das ist allerdings von geringer praktischer Bedeutung, weil die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit und der Verdienstentgang nicht entgangener Gewinn, sondern positiver Schaden sind.<sup>3</sup>

Inhalt und Umfang der Ersatzpflicht sind vom **Ausgleichsgedanken** bestimmt: Der Geschädigte ist so zu stellen, wie er ohne die Verletzung gestellt wäre.<sup>4</sup> **Frustrierte Aufwendungen** (zB Stornogebühr für eine vereitelte Reise<sup>5</sup> oder nutzlos gewordene Fahrschulkosten)<sup>6</sup> sind nach jüngster Rechtsprechung gemäß § 1325 ABGB ersatzfähig.<sup>7</sup>

### 1.2. Begriff „Körperverletzung“

**Körperverletzung** ist jeder Eingriff in die körperliche oder geistige (auch seelische) Gesundheit und Unversehrtheit;<sup>8</sup> die Beeinträchtigung der **Gesundheit** (Störung der inneren Lebensvorgänge) zählt dazu,<sup>9</sup> **nicht** hingegen die bloße Aufregung über einen Schaden (zB Unfallschock ohne Krankheitswert), also die psychische Beeinträchtigung, die sich bloß in Unbehagen oder Unlustgefühlen manifestiert,<sup>10</sup> oder bloßer Schrecken.<sup>11</sup>

Der Verletzte kann vom Schädiger keinen Ersatz der (durch Abbruch der Reise nach dem Unfall) entgangenen **Urlaubsfreude** geltend machen.<sup>12</sup>

### 1.3. Anspruchsberechtigung

Eine Körperverletzung führt mitunter nicht nur dazu, dass dem **Verletzten als unmittelbar Geschädigtem** Aufwendungen erwachsen, sondern hat manchmal auch Kosten eines **Dritten** (wie etwa Besuchs- und Telefonkosten oder Pflegeaufwand für ein Kind während der Besuche) zur Folge. Die Rechtsprechung rechnet solche Kosten, wenn sie nahen Angehörigen des Verletzten erwachsen, diesem selbst zu, weil es sich dabei um Heilungskosten handle.<sup>13</sup> Wollte man strenger sein und einen solchen Ersatzanspruch nur demjenigen gewähren, der den Aufwand tatsächlich tätigte,<sup>14</sup> so zeitigte dies wenig prozessökonomische Ergebnisse.<sup>15</sup>

*Apathy* differenziert daher: Sei der **Verletzte dem Dritten ersatzpflichtig**, so sei er auch wegen der vom Dritten getätigten Aufwendungen ersatzberechtigt, sei doch auch die entstandene Verbindlichkeit bereits ein Schaden; daneben habe der **Dritte** einen Anspruch gegen den Schädiger nach § 1042 ABGB. Bestehe hingegen **keine Ersatzpflicht** des Verletzten gegenüber dem Dritten und auch keine Schadensverlagerung, so sei dieser, obgleich an sich nur mittelbar geschädigt, anspruchsberechtigt, wenn der Ersatz seiner Aufwendungen im Hinblick auf den damit verbundenen Heilerfolg dem Normzweck entspricht. Solle die **Aktivlegitimation** des **Verletzten** selbst herbeigeführt werden, so sei in diesen Fällen eine Zession der Ersatzansprüche vom Dritten als Zedenten an den Verletzten als Zessionar erforderlich, damit dieser auch den darauf entfallenden Schadensteil einklagen kann.<sup>16</sup> Die Rechtsprechung hält eine solche Abtretung nicht für erforderlich.<sup>17</sup>

### 2. Heilungskosten

**Literatur:** E. Kunst, Der Schadenersatz- und Regreßanspruch für Kosten der Anstaltspflege, VR 1966, 396; Apathy, Fiktive Operationskosten, RZ 1986, 265; Reischauer, Ersatz fiktiver Heilungskosten (§ 1325 ABGB)? VR 1992, 72; Ch. Huber, Abkehr von der Zuerkennung fiktiver Heilungskosten – ein weiterer Meilenstein der Annäherung von Rechtsprechung und Lehre, ZVR 1998, 74; Schwarzenegger/Thunhart, Was kommt nach den fiktiven Heilungskosten? ÖJZ 2001, 673; Neumayr, Schadenshöhe bei grenzüberschreitenden Verkehrsunfällen, in FS Reischauer (2010) 521 (534); Karner, Aktuelle Entwicklungen der Ersatzpflicht bei Personenschäden, ZVR 2016, 112; Hinteregger in Kletečka/Schauer, ABGB-ON (2010) § 1325 Rz 4 ff; Schauer in Schwimann/Kodek, ABGB<sup>4</sup>, §§ 12 – 14 EKHG Rz 3; Hinteregger in Buse/Staudinger, Münchener Kommentar zum Straßenverkehrsrecht III (2019) Österreich Rz 395 f; Ch. Huber in Schwimann/Neumayr, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup> (2021) § 1325 Rz 26 ff; Danzi in Koziol/Bydlinski/Bollenberger, ABGB<sup>6</sup> (2020) § 1325 Rz 3 ff; Koziol, Österreichisches Haftpflichtrecht II<sup>3</sup> (2018) Kap A.5 Rz 47 bis 60; Fucik in Fucik/Hartl/Schlosser, Handbuch des Verkehrsunfalls VI<sup>3</sup> (2022) Rz 695 ff.

#### 2.1. Begriff

Heilungskosten sind alle **Aufwendungen**, die **durch die Körperverletzung veranlasst** und abweichend von den ohne den Unfall erforderlich gewesenen gewöhnlichen Aufwendungen in der Absicht gemacht wurden, die **gesundheitlichen Folgen** des Unfalls zu **beseitigen** oder doch zu **bessern**;<sup>18</sup> Heilungskosten sind somit auch die Kosten (vergeblich) **versuchter** Heilung.<sup>19</sup> Dazu gehören auch Aufwendungen, durch die eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustands vermieden werden soll.<sup>20</sup> Insoweit ist der Schaden nicht objektiv-abstrakt, sondern **subjektiv-konkret** zu berechnen: Tatsächlich entstandene Kosten sind auch dann zu ersetzen, wenn sie infolge besonderer Umstände höher sind als üblich;<sup>21</sup> allerdings ist **nur der zweckmäßige Aufwand** als Heilungskosten zu ersetzen.<sup>22</sup> Auch die Kosten einer **Rehabilitation** zählen zu den Heilungskosten.<sup>23</sup>

Erleidet jemand – etwa infolge des Todes des eigenen Kindes bei einem Verkehrsunfall – eine schwere seelische Erschütterung mit Krankheitswert, so ist auch eine darauf adäquat-ursächlich zurückzuführende außergewöhnlich starke **vorzeitige Alterung** mit für jedermann sichtbaren Symptomen (massive Faltenbildung im Gesicht) – zudem dann, wenn diese berufsbedingt (Konfrontation mit den Kunden) zusätzlichen psychischen Leidensdruck hervorgerufen hat – eine Gesundheitsstörung (im Sinne des § 1325 ABGB), deren Behebungsaufwand (Kosten einer kosmetischen Operation) als ersatzfähige Heilungskosten anzuerkennen ist.<sup>24</sup>

#### 2.2. Umfang der Heilungskosten

##### 2.2.1. Kausalitätsprobleme

Wird nach dem Unfall eine Verletzung als **vermeintliche Unfallfolge** behandelt, so hat der Ersatzpflichtige diejenigen Kosten zu ersetzen, die bis zu dem Zeitpunkt entstan-

den, in dem entdeckt wurde, dass es sich dabei um eine ältere Verletzung handelte.

Gleiches gilt für die **operative Versorgung** von Verletzungen als vermeintliche Unfallfolge: Stellt sich erst bei der scheinbar durch den Unfall nötig gewordenen Operation heraus, dass die Verletzung schon vor dem Unfall vorhanden war, so sind die Einleitung der Operation an sich sowie die damit verbundenen Folgen (etwa künftige kosmetische Operationen) unfallkausal. Alle weiteren Kosten der Behandlung einer solchen älteren Verletzung sind hingegen nicht zu ersetzen.<sup>25</sup>

Ein besonderes Problem bilden die sogenannten **Anlage-schäden**: Bei diesen werden bestimmte Verletzungsfolgen durch den Unfall deshalb ausgelöst, weil bereits die Anlage zu einer Krankheit oder zu erhöhter Verletzungsanfälligkeit vorhanden war.<sup>26</sup> Bei solchen Anlagen ist zu **unterscheiden**: Wäre der Schaden aufgrund der Veranlagung des Verletzten **später ohnedies eingetreten**, so ist dem Schädiger der Einwand der überholenden Kausalität zuzubilligen: Ist der Schaden infolge des Unfalls **bloß früher entstanden**, wäre er **später** aber **gleichfalls** eingetreten, so hat der Schädiger nur den durch die Verletzung des Schadenseintritts erwachsenen Nachteil zu ersetzen.<sup>27</sup> Dagegen ist überholende Kausalität zu verneinen, wenn zwar Krankheitserscheinungen durch den Unfall ausgelöst wurden, aber nur deshalb, weil die Anlage zur Krankheit bereits vorhanden war, diese Veranlagung den gesundheitlichen **Schaden** jedoch **ohne die Verletzung** – jedenfalls in absehbarer Zeit – **nicht herbeigeführt** hätte.<sup>28</sup> Dann hat **der Schädiger für die Beeinträchtigung voll einzustehen**.<sup>29</sup>

##### 2.2.2. Klassenfrage

Da dem Verletzten der konkrete zweckmäßig gemachte Aufwand zu ersetzen ist, muss sich der Geschädigte **nicht** mit der **billigsten Behandlungsart** begnügen, **sondern** kann die **medizinisch günstigste** wählen.<sup>30</sup> Erhöhte Kosten der Behandlung durch einen Privatarzt oder in einer höheren Gebührenklasse des Krankenhauses sind zu ersetzen, soweit die Behandlung der sonstigen Lebenshaltung des Verletzten entspricht<sup>31</sup> oder für die Heilung notwendig oder doch zweckmäßig war.<sup>32</sup> **Zu berücksichtigen** sind nicht nur medizinische Aspekte,<sup>33</sup> sondern alle Umstände des Falles (etwa die Schwere der Verletzung,<sup>34</sup> das Alter des Verletzten,<sup>35</sup> die Beziehung eines Vertrauensarztes<sup>36</sup> oder das Erfordernis optimaler Betreuung und Versorgung).<sup>37</sup> Die Inanspruchnahme von **Privatärzten** ist gerechtfertigt, wenn die Behandlung in einem öffentlichen Krankenhaus zu keiner Besserung führt.<sup>38</sup>

##### 2.2.3. Art der Kosten

Angesichts der sozialen Sicherheit spielen jene Heilungskosten, die die Verfasser des ABGB in erster Linie vor Augen gehabt haben dürften, nämlich die Kosten dringend notwendiger **medizinischer Behandlung**, als Gegenstand von Ansprüchen des Verletzten selbst in der gerichtlichen

Praxis kaum eine Rolle, werden sie doch **regelmäßig vom Träger der Sozialversicherung ersetzt**, sodass der Ersatzanspruch gemäß § 332 ASVG nicht dem Geschädigten selbst, sondern dem Sozialversicherungsträger zusteht. Die Gerichte haben sich daher, soweit es um die vom Geschädigten selbst geltend gemachten Heilungskosten geht, hauptsächlich mit **Nebensprüchen** zu befassen, also mit Aufwendungen, die vom Sozialversicherungsträger **nicht** gedeckt werden. Dazu zählen insbesondere:

- **Transportkosten**,<sup>39</sup> namentlich die Kosten für den Hubschraubertransport<sup>40</sup> und überhaupt die Kosten der Fahrt zu und von den Therapiestätten;<sup>41</sup>
- **Aufbesserung der Kost**, soweit sie notwendig ist;<sup>42</sup>
- **Trinkgelder** und kleinere Geschenke an das Pflegepersonal in angemessenem Umfang;<sup>43</sup>
- **Telefonspesen** zur Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen dem Verletzten und dessen Angehörigen;<sup>44</sup>
- **kleinere Geschenke** an den Verletzten (wie zB Blumen<sup>45</sup> oder Lektüre);<sup>46</sup>
- die Kosten eines Pyjamas, eines Jogginganzugs und eines Bademantels jeweils in Übergröße (wegen des Gipses);<sup>47</sup>
- vor allem aber die infolge **Besuchs** durch die sorge- und beistandspflichtigen **nächsten Verwandten** veranlassten Kosten<sup>48</sup> und der dadurch ausgelöste **Pflegeaufwand für Kinder** während der Besuche,<sup>49</sup> weil der psychische Beistand die Genesung fördert oder zumindest zur Linderung beiträgt.<sup>50</sup>

Das gilt für die Besuche beim Verletzten – wenn auch volljährigen – **Kind**<sup>51</sup> durch die **Eltern** und für den umgekehrten Fall,<sup>52</sup> den **Ehegatten**<sup>53</sup> oder **Lebensgefährten**,<sup>54</sup> **nicht** aber durch bloß gute **Freunde**.<sup>55</sup> Der OGH betont zwar immer wieder, dass der Kreis jener Verwandten, deren Besuchskosten der Verletzte selbst als Heilungskosten geltend machen kann, möglichst einzuschränken sei,<sup>56</sup> also **nicht** etwa den Bruder,<sup>57</sup> die Schwiegereltern oder Schwiegerkinder,<sup>58</sup> wohl aber die Kosten des Besuchs durch die im Familienverband lebende Schwester umfasse,<sup>59</sup> doch wird es stets auf die Umstände des Einzelfalles ankommen, wer als nächster Verwandter anzusehen ist, sodass bei Verletzten, die keine Eltern, Kinder und Ehegatten (mehr) haben, auch die Kosten der Besuche durch **Geschwister** ersatzfähig sein können. Diese Rechtsprechung trägt allerdings dem Wesen der **Besuchskosten als Heilungsaufwand** nicht in jeder Hinsicht Rechnung: Soll es darauf ankommen, dass der psychische Beistand Heilungseffekte entfaltet oder doch wenigstens zur Linderung beitragen kann, so kann es nicht auf die Beistandspflicht allein ankommen, sondern es müssten vor allem die gefühlsmäßigen Beziehungen (zum **engsten** Freund, zur eigenen Freundin usw) im Vordergrund stehen. Die Rechtsprechung befürchtet insoweit wohl Schwierigkeiten bei deren Feststellung. Für einen weitestgehenden Gleichlauf mit dem zum Trauerschmerzensgeld aktivlegitimierten Personenkreis tritt *Ch. Huber* ein.<sup>60</sup>

Der (bloße) **Zeitaufwand für Besuche** wird **nicht** vergütet,<sup>61</sup> **wohl aber** werden auch die Kosten einer wegen der besuchsbedingten Abwesenheit eines **selbständig** erwerbstätigen Angehörigen des Verletzten notwendigen **Ersatzkraft** zu ersetzen sein, zumindest dann, wenn den Besucher Sorge- und Beistandspflichten gegenüber dem Verletzten treffen.<sup>62</sup> Ersetzt werden vor allem die **Fahrtkosten**. Bei der Prüfung der Angemessenheit wird in der Regel das amtliche Kilometergeld herangezogen,<sup>63</sup> dies jedenfalls insoweit, als die Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels unzumutbar ist.<sup>64</sup>

Der **Verletzte** ist zur Geltendmachung dieser (den Besuchern erwachsenen) Kosten **im eigenen Namen** berechtigt.<sup>65</sup>

#### 2.2.4. Schadensminderungsobliegenheit

Eine **Operation**, durch die der Schaden gemindert werden kann, ist dem Geschädigten grundsätzlich **nur dann zumutbar**, wenn sie einfach und gefahrlos ist und ohne nennenswerte Schmerzen sichere Aussicht auf Erfolg bietet. Selbst medizinisch dringend indizierte (Revisions-)Operationen können ohne Verstoß gegen die Schadensminderungsobliegenheit verweigert werden, wenn es dabei ein lebensbedrohliches Infektionsrisiko durch multiresistente Keime mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 % gibt.<sup>66</sup>

#### 2.2.5. Vorteilsausgleichung

Der Verletzte, der sich während des Spitalsaufenthalts Kosten in seiner **Haushaltsführung erspart**, muss sich den ersparten Aufwand als Vorteil anrechnen lassen.<sup>67</sup>

### 2.3. Kosten insbesondere einer kosmetischen Operation

#### 2.3.1. Vorschusspflicht

Nach allgemeinen Regeln ist der Geschädigte nicht verpflichtet, eigenes Kapital zur Schadensbehebung einzusetzen. Der Schädiger hat daher auch die Kosten der Beschaffung der Mittel für die Bestreitung der Behandlungskosten, also **Kreditzinsen**, zu ersetzen.<sup>68</sup> Auf die Kosten **künftiger Heilbehandlung** kann der Geschädigte nur einen angemessenen **Vorschuss** begehren.<sup>69</sup>

#### 2.3.2. Grenzen der Bevorschussung

Die Kosten künftiger Heilbehandlung sind vom Schädiger freilich nur dann zu bevorschussen, wenn der Geschädigte die Heilbehandlung ernstlich beabsichtigt. Demgemäß ist der Vorschuss **zweckgebunden**, daher zu **verrechnen** und kann bei Zweckentfremdung **zurückgefordert** werden. **Kein Ersatz** gebührt unter diesem Titel, wenn feststeht, dass die Heilbehandlung unterbleibt.<sup>70</sup>

Der vom verstärkten Senat judizierte Fall war besonders krass, hatten dort doch letztlich die **Erben der Geschädigten** unter Berufung auf die grundsätzliche Ersatzfähig-

keit der Kosten einer noch nicht durchgeführten kosmetischen Operation deren Ersatz begehrt; angesichts des **Ablebens der Geschädigten** kam eine Operation **nicht** mehr in Betracht. Wie unwahrscheinlich die Durchführung der Operation im Einzelfall sein muss, solange der Verletzte noch lebt, konnte in der Entscheidung offengelassen werden.<sup>71</sup> In einem konkreten Fall wies der OGH ein Vorschussbegehren ab, weil die Geschädigte nicht dargelegt hat, dass die künftigen Heilbehandlungen **durch ihren aktuellen Gesundheitszustand indiziert** sind und **in naher Zukunft erforderlich** sein werden. Künftigen Zustandsverschlechterungen trage ohnehin ein Feststellungsbegehren Rechnung.<sup>72</sup>

Das Übermaß des Vorschusses ist **zurückzuzahlen**.<sup>73</sup> Reicht der Vorschuss nicht, so hat der Geschädigte Anspruch auf Zahlung der Mehrkosten.<sup>74</sup>

Prozessual ist der Zuspruch eines Vorschusses (gegen spätere Verrechnung) gegenüber einem Begehren auf sofortige Zahlung künftiger Heilungskosten ein *minus* und kein *aliud*.<sup>75</sup>

### 2.3.3. Ersatzfähigkeit ernstlich beabsichtigter oder tatsächlich bereits durchgeführter kosmetischer Operationen

Soweit die **kosmetische Operation** die gänzliche oder teilweise **Beseitigung einer** durch die Verletzung hervorgerufenen **Verunstaltung** bezweckt, sind ihre Kosten zu ersetzen.<sup>76</sup>

Der Verletzte selbst ist allerdings **nicht aktivlegitimiert**, wenn diese Ersatzforderung gemäß § 332 ASVG auf den **Sozialversicherungsträger übergegangen** ist. Deckung durch die Krankenversicherung besteht immer dann, wenn die Operation als Krankenbehandlung (Beseitigung anatomischer oder funktioneller Krankheitszustände) im Sinne des § 133 Abs 3 ASVG zu qualifizieren ist.<sup>77</sup>

### 2.4. Außenseitermethoden

Da jeder Aufwand, der als **zweckmäßig** angesehen werden kann, als Heilungskosten ersatzfähig erscheint, darf nicht gefordert werden, dass die gewählte Methode in der ärztlichen Wissenschaft ganz allgemein anerkannt ist. So wurde schon 1992 die Anwendung von **Akupunktur** als ersatzfähige Heilungsmethode angesehen.<sup>78</sup>

Gerade in diesem Bereich sollte eine moderne Rechtsprechung, die allen Lebensverhältnissen gerecht werden will, hinter der Entwicklung einer ganzheitlichen kurativen Medizin nicht zu weit zurückbleiben.

### 2.5. Abgrenzung zwischen Heilungskosten und Kosten vermehrter Bedürfnisse

Diese Abgrenzung ist nicht immer leicht, letztlich aber ohne praktische Bedeutung. Die Praxis zählt **Heilbehelfe** und **Prothesen** jedenfalls noch zu den Heilungskosten, weil sie der Abwendung einer Verschlechterung des ge-

genwärtigen Zustands dienen.<sup>79</sup> Dabei wird in der Regel auch eine **Zweitprothese** zugebilligt, dient sie doch dazu, während der Dauer der in Zukunft zu erwartenden Reparaturen und Anpassungen der Erstprothese die dadurch herabgesetzte Bewegungsfähigkeit auszugleichen.<sup>80</sup>

### 3. Kosten vermehrter Bedürfnisse

**Literatur:** *Ch. Huber*, Umfaßt der Anspruch wegen vermehrter Bedürfnisse auch die Errichtungskosten eines privaten Schwimmbades? *VersR* 1992, 545; *derselbe*, Das Ausmaß des Schadenersatzanspruchs bei Pflege durch Angehörigen rund um die Uhr, *ÖJZ* 2007, 625; *Hinteregger* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON (2010) § 1325 Rz 6; *Neumayr*, Schadenshöhe bei grenzüberschreitenden Verkehrsunfällen, in *FS Reischauer* (2010) 521 (535); *Schmaranzer*, Zur fiktiven Berechnung von Pflegekosten, *Zak* 2010, 248; *Veith*, Pflege von Verletzten durch Familienangehörige, *ZVR* 2014, 112; *Koziol*, Österreichisches Haftpflichtrecht II<sup>3</sup> (2018) Kap A.5 Rz 47; *Danzl* in *Koziol/Bydlisnki/Bollenberger*, ABGB<sup>6</sup> (2020) § 1325 Rz 8 ff; *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup> (2021) § 1325 Rz 37 bis 52a; *Fucik* in *Fucik/Hartl/Schlosser*, Handbuch des Verkehrsunfalls VI<sup>3</sup> (2022) Rz 710 ff.

#### 3.1. Allgemeines

Der Schädiger hat auch die Kosten der unfallbedingten Vermehrung der Bedürfnisse des Verletzten zu ersetzen.<sup>81</sup> Solche Kosten entstehen, wenn diesem **infolge der Körperverletzung**, weil seine Gesundheit nicht wiederhergestellt werden kann, **neue Bedürfnisse** und dadurch Ausgaben erwachsen, die ohne den Unfall nicht entstanden wären; sie sind **positiver** Schaden.<sup>82</sup> Demgemäß sollen die durch eine (voraussichtlich)<sup>83</sup> dauernde Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens entstandenen Nachteile ausgeglichen und die Lebensführung des Verletzten jener eines Gesunden möglichst angenähert werden.<sup>84</sup>

Die Kosten sind durch einen **Vergleich** der Lage des Verletzten **vor und nach dem Unfall** zu ermitteln; auch hohe Kosten sind zu ersetzen, wenn sie tatsächlich anfallen.<sup>85</sup> Die Kosten sind subjektiv-konkret zu berechnen und somit auch dann (zur Gänze) ersatzfähig, wenn sie infolge der individuellen Umstände besonders hoch sind.<sup>86</sup>

#### 3.2. Einzelne Ansprüche

##### 3.2.1. Kosten einer Haushaltshilfe und einer Pflegeperson

Einerseits sind dem Verletzten (unter Umständen aber auch dem, der die Pflege leistet)<sup>87</sup> die Kosten einer **Haushaltshilfe**,<sup>88</sup> andererseits ist der Aufwand für eine **Pflegeperson** zu ersetzen.<sup>89</sup>

Grundsätzlich gebührt insoweit der **Ersatz aller tatsächlich entstandenen** Kosten,<sup>90</sup> selbst wenn sie infolge der individuellen Umstände besonders hoch sind. Auch unter Berufung auf die **Schadensminderungsobliegenheit** kann vom Geschädigten nicht verlangt werden, dass er sich in ein Pflegeheim aufnehmen lasse, sodass der Schädiger nur diese Kosten zu ersetzen habe.<sup>91</sup>

Werden **Pflegeleistungen von Angehörigen** des Verletzten erbracht, so entlasten sie damit nicht den Schädiger (bloße **Schadensverlagerung**).<sup>92</sup> In diesem Fall ist zur Berechnung der ersatzfähigen Kosten festzustellen, welche konkreten Pflegeleistungen die nahen Angehörigen erbrachten und für wie lange sie auf die sonst außer Haus verbrachte Freizeit verzichteten;<sup>93</sup> für diese Zeiträume sind dem Verletzten<sup>94</sup> die **Kosten professioneller Pflegekräfte** zuzusprechen;<sup>95</sup> deren Qualifikation hat sich am konkreten Leidenszustand des Verletzten zu orientieren.<sup>96</sup> Auch ein Zuschlag zur Finanzierung eines (fiktiven) **Urlaubs** ist gerechtfertigt.<sup>97</sup>

In der vereinzelt gebliebenen Entscheidung vom 10. 9. 1998, 6 Ob 143/98t, sprach der OGH aus, ein Verletzter, der **von seiner Mutter rund um die Uhr gepflegt** wird, könne Geldersatz für eine tatsächlich nicht erbrachte medizinisch-technische Vollerleistung nicht verlangen, sondern die tatsächlich erbrachten Leistungen der Mutter seien konkret und nach den individuellen Umständen zu bewerten, wobei nur die Anwendung des § 273 ZPO gangbar sei. Nach der zu dieser Frage sonst ergangenen und nunmehr herrschenden Judikatur sind solche Pflegeleistungen hingegen keineswegs bloß fiktiver Schaden, weil **nur** für tatsächlich erbrachte Betreuung Ersatz begehrt werden könne; bloß die Berechnungsmethode sei insoweit fiktiv, als der Berechnung nicht in dieser Form erbrachte **Leistungen professioneller Kräfte** zugrunde zu legen seien.<sup>98</sup> **Zu ersetzen** seien daher die Kosten der erbrachten Pflegeleistungen nach hypothetischen Vergleichswerten aus dem nächstgelegenen Markt, und zwar die Bruttokosten.<sup>99</sup> Die Zeit, die die Pflegeperson als Freizeit außer Haus verbrachte und auf die sie nunmehr verzichtet, sei mitabzugelten, nicht indes die Zeit, die sie jedenfalls (ohne Pflegeleistungen zu erbringen [daher nicht ersatzfähige fiktive Pflegekosten]) beim Verletzten zubrachte, also während der Nacht und bei Verrichtung der Hausarbeit.<sup>100</sup>

Zu weiteren Details siehe *Ch. Huber*, ÖJZ 2007, 625 ff; *derselbe* in *Schwimann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 44 bis 52. Dort tritt er in Rz 47 und 49 für großzügigere Bemessung ein.<sup>101</sup>

#### **Berechnungsschritte:**<sup>102</sup>

- Erhebung der tatsächlichen Pflegeleistungen und des damit verbundenen Aufwands;
- Erhebung der Zeiten, die die Pflegeperson sonst außer Haus verbracht hätte;
- Erhebung des fiktiven Kostenaufwands für eine professionelle Pflegekraft;
- allenfalls gekürzt um die Mitverschuldensquote;
- abzüglich der kongruenten Sozialleistungen (insbesondere des Pflegegelds).

Das **Pflegegeld** nach dem BPGG soll nur den pflegebedingten Mehraufwand, nicht aber den behinderungsbedingten Sachaufwand decken. Es ist daher nur vom Anspruch auf Ersatz der erforderlichen Pflegeleistungen

abzuziehen,<sup>103</sup> nicht aber vom Anspruch auf Abgeltung der Kosten für die Fahrten zu einer Therapie oder von Krankentransportkosten abzurechnen.<sup>104</sup>

Die **Grenze der Ersatzfähigkeit** ist allerdings erreicht, wenn die Kausalität oder auch nur die Adäquanz der Bedürfnisse bezweifelt werden muss. In diesem Sinn soll kein Anspruch auf Ersatz des Aufwands für eine **Begleitperson zum Antritt einer Auslandsfernerreise**, wenn der Geschädigte schon aufgrund seines hohen Alters außerstande wäre, sein Gepäck zu transportieren,<sup>105</sup> oder für eine **Begleitperson zum Verlassen des Hauses** bestehen, weil der durch einen Biss in die Hand Verletzte nunmehr solche Angst vor Hunden hat, dass er sich unbegleitet nicht mehr aus dem Haus wagt.<sup>106</sup>

Dagegen ist auch der Aufwand für die – unfallbedingt nicht mehr selbst verrichtbare – **Hundebetreuung** zugesprochen worden.<sup>107</sup>

#### **3.2.2. Anschaffung eines Fahrzeugs**

Kann die weitgehende unfallbedingte **Bewegungsunfähigkeit** des Verletzten in zweckmäßiger Weise **nur durch Anschaffung eines PKW** einigermaßen **ausgeglichen** werden, so sind die damit verbundenen Auslagen (einschließlich der Erhaltungskosten) als Kosten vermehrter Bedürfnisse zu ersetzen.<sup>108</sup>

Das trifft etwa bei einem Unfallopfer zu, das wegen einer **Beinamputation** zur Erledigung von Einkäufen und für die Wege zum und vom Arbeitsplatz auf die Benützung eines PKW angewiesen ist.<sup>109</sup> Auch ein Arbeitnehmer, der bisher ein Motorrad benützte und nun unfallbedingt ein Motorrad gar nicht mehr<sup>110</sup> oder nur unter erhöhten Gefahren<sup>111</sup> benützen könnte, hat Anspruch auf Ersatz der Kosten der Anschaffung eines PKW; dann gebührt ihm allerdings nicht gleichzeitig auch noch der Ersatz des beschädigten Motorrads<sup>112</sup> oder eines zweiten Fahrzeugs.<sup>113</sup>

Selbst die Tatsache, dass der **Geschädigte keinen Führerschein** besitzt, soll der ersatzfähigen Anschaffung eines PKW zum Ausgleich vermehrter Bedürfnisse nicht entgegenstehen, wenn Dritte bereit sind, Fahrten mit dem Geschädigten oder für dessen Zwecke zu unternehmen.<sup>114</sup>

Ist dem Geschädigten die Anschaffung eines als **Invalidenfahrzeug** ausgerüsteten PKW zuzubilligen, so kann er einen **neuen PKW** beanspruchen;<sup>115</sup> er muss sich nicht auf den Erwerb eines Gebrauchtwagens verweisen lassen.<sup>116</sup> Zu ersetzen sind nur die unfallbedingten Mehrkosten,<sup>117</sup> somit sämtliche Kosten der Anschaffung eines PKW ausnahmsweise nur dann, wenn der Geschädigte ohne den Unfall gar keinen PKW gehalten hätte;<sup>118</sup> Letzteres gilt auch dann, wenn dem Geschädigten **vor** dem Unfall (branchenüblich) für **private Zwecke ein Firmenfahrzeug kostenlos** zur Verfügung gestellt wurde.<sup>119</sup> Steht dagegen fest, dass der Geschädigte auch ohne den Unfall ein Kraftfahrzeug angeschafft hätte, so hat er nur Anspruch auf Ersatz jenes Mehraufwands, der dadurch entsteht, dass er ein **besonderes Fahrzeug** benötigt.<sup>120</sup> Besaß der Ver-

letzte im Unfallzeitpunkt einen PKW, so muss er sich den Erlös aus dem Verkauf dieses Fahrzeugs zur Vermeidung einer Bereicherung auf die Kosten des Invalidenfahrzeugs anrechnen lassen. Hatte der Geschädigte **vorher ein gebrauchtes** und hat er **nunmehr ein neues Kraftfahrzeug**, so muss er sich einen **Abzug neu für alt** von den Anschaffungskosten gefallen lassen.<sup>121</sup> Auch die **Kosten der Instandhaltung** des PKW sind zu ersetzen.<sup>122</sup>

Ist dem Geschädigten die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar, um den Arbeitsplatz zu erreichen, so hat er unter dem Titel vermehrter Bedürfnisse Anspruch auf Ersatz der mit der Benützung seines eigenen PKW verbundenen (Mehr-)Kosten.<sup>123</sup>

Ist der Geschädigte infolge einer unfallbedingten **Sehbehinderung nicht** mehr in der Lage, ein Kraftfahrzeug zu **lenken**, und sind zumutbare öffentliche Verkehrsmittel **nicht** vorhanden, so sind ihm die **Taxikosten** (unter Berücksichtigung der **Eigensparnis**) zu ersetzen.<sup>124</sup>

### 3.2.3. Baukosten

Die Kosten des **behindertengerechten Umbaus** des Einfamilienhauses bzw der Wohnung des Geschädigten hat der Schädiger zu ersetzen,<sup>125</sup> ebenso die Kosten des Einbaus eines **Aufzugs**,<sup>126</sup> einer **Garage**<sup>127</sup> oder eines **ferngesteuerten Garagentors**.<sup>128</sup> Resultieren die Kosten des Einbaus eines **Treppenlifts** aus einer unfallbedingten Gehbehinderung, so sind sie zu ersetzen. Der Beweis, dass es sich bloß um eine zeitliche Vorverlagerung des Schadens handelt, obliegt dem Schädiger.<sup>129</sup>

Einem beidseitig beinamputierten Jugendlichen billigte der OGH dagegen nicht den Ersatz der Kosten für den Einbau eines **Schwimmbads**, sondern bloß die Kosten, die zur Adaptierung des Beckens erforderlich waren, um es für den Behinderten benützbar zu machen, zu.<sup>130</sup>

Kann die bisherige Wohnung nicht behindertengerecht adaptiert werden, so sind auch die Kosten der **Anschaffung einer neuen geeigneten Wohnung** zu ersetzen.<sup>131</sup>

### 3.2.4. Sonstige Anschaffungen

Auch die Kosten der **Anschaffung eines Computers** zur (sonst nicht mehr möglichen) **Kommunikation** des Verletzten **mit der Umwelt** sind zu ersetzen.<sup>132</sup> Ebenso sind die Kosten eines **motorisierten Rollstuhls**<sup>133</sup> oder einer besonderen **Diät**<sup>134</sup> zu ersetzen.

Die Kosten der Errichtung einer **Kapelle** müssen mangels zwingender therapeutischer Notwendigkeit dem um ein Kind **trauernden Elternteil** allerdings nicht ersetzt werden.<sup>135</sup>

## 4. Verdienstentgang

**Literatur:** *Piegler*, Die „abstrakte Rente“ im österreichischen Schadenersatzrecht, VersR 1965, 103; *V. Steininger*, Zur abstrakten Rente, JBI 1966, 543; *Hillinger*, Zum Begriff der „Minderung

der Erwerbsfähigkeit“ nach § 1325 ABGB, ÖJZ 1970, 511; *Lorber*, Zum Begriff der Minderung der Erwerbsfähigkeit, ÖJZ 1971, 291; *Eckmann*, Anrechnung von Drittleistungen beim Schadenersatz, ÖJZ 1986, 609; *Ch. Huber*, Der Schadenersatzanspruch eines geschäftsführenden Gesellschafters einer Personengesellschaft wegen Verdienstentgangs gemäß § 1325 ABGB, JBI 1987, 613; *Hohenecker*, Die Ersatzfähigkeit der Lohnfortzahlung und ihre Grenzen, *ecolex* 1996, 446; *Iro*, Zum Umfang des Schadenersatzes in den Lohnfortzahlungsfällen, RdW 1996, 297; *Ch. Huber*, Die Wende beim Lohnfortzahlungsschaden – Analyse und Ausblick, in FS Dittrich (2000) 411; *derselbe*, Der Erwerbsschaden des Schwarzarbeiters, ZVR 2000, 290; *derselbe*, Verletzungsbedingte Vereitelung unbezahlter Arbeit – niemals Ersatz? VersR 2007, 1330; *Hinteregger* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON (2010) § 1325 Rz 13 ff; *Neumayr*, Schadenshöhe bei grenzüberschreitenden Verkehrsunfällen, in FS Reischauer (2010) 521 (536); *Karner*, Aktuelle Entwicklungen der Ersatzpflicht bei Personenschäden, ZVR 2016, 112; *Solé/Veith*, Aspekte der Schadensrente, in FS Danzl (2017) 203; *Koziol*, Österreichisches Haftpflichtrecht II<sup>9</sup> (2018) Kap A.5 Rz 61 bis 87; *Hinteregger* in *Buse/Staudinger*, Münchener Kommentar zum Straßenverkehrsrecht III (2019) Österreich Rz 365 bis 374; *Danzl* in *Koziol/Bydliński/Bollenberger*, ABGB<sup>6</sup> (2020) § 1325 Rz 12 ff; *Ch. Huber* in *Schwimann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup> (2021) § 1325 Rz 53 bis 97; *Fucik* in *Fucik/Hartl/Schlosser*, Handbuch des Verkehrsunfalls VI<sup>9</sup> (2022) Rz 722 ff.

### 4.1. Allgemeines

Unter Erwerbsfähigkeit versteht man die Fähigkeit, in einer der Ausbildung, den Anlagen und der bisherigen Tätigkeit entsprechenden Stellung den Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>136</sup> Maßgeblich ist dabei nicht die Arbeitsfähigkeit nach medizinisch-physiologischen Kriterien, sondern die **Erwerbsfähigkeit im wirtschaftlichen Sinn**.<sup>137</sup> Daher wird der Vermögensnachteil, den der Verletzte durch den Verlust der Erwerbsstellung infolge vorübergehender Minderung seiner Erwerbsfähigkeit erleidet, nicht schon durch die Wiedererlangung der früheren Erwerbsfähigkeit, sondern erst dadurch beseitigt, dass er eine gleichwertige Erwerbsstellung erlangt.<sup>138</sup>

Der **Verdienstentgang** ist grundsätzlich **positiver Schaden** und nicht bloß entgangener Gewinn.<sup>139</sup> Die Erwerbsfähigkeit ist nämlich dann ein selbständiges gegenwärtiges Rechtsgut, wenn der Geschädigte eine rechtlich gesicherte Position auf den Verdienst hatte oder der Verdienst zumindest mit hoher Wahrscheinlichkeit eingetreten wäre.<sup>140</sup> *Ch. Huber* verwendet konsequent den **Begriff „Erwerbsschaden“** statt des etwas enger konnotierten Begriffs „Verdienstentgang“. Er weist auch zu Recht auf die in Zeiten der Wirtschaftskrise und der nicht mehr stets ununterbrochenen Erwerbsbiografien zunehmenden Prognoseprobleme hin.<sup>141</sup>

Bei subjektiv zu berechnendem **Interesseersatz**, der allerdings nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit zusteht, können noch **andere Erwerbsmöglichkeiten** berücksichtigt werden, deren **Entgang** jedoch **nicht** mehr **positiver Schaden** ist, weil es sich dabei nicht mehr um Vermögens-einbußen handelt, die für die Berufsklasse und die wirtschaftliche Situation des Geschädigten typisch sind: Das

ist etwa dann der Fall, wenn der Arbeitgeber dem Geschädigten die Beteiligung an seinem Unternehmen im Wege einer erst zu gründenden Gesellschaft zugesagt hat, diese Zusage aber im Hinblick auf dessen unfallbedingten Verletzungen wieder rückgängig macht;<sup>142</sup> Gleiches gilt, wenn mit den Verletzungsfolgen der Verlust der Möglichkeit, den elterlichen Hof zu übernehmen, verbunden ist.<sup>143</sup>

Wer im **Unfallzeitpunkt** noch **keinen Verdienst** hatte, kann dennoch Verdienstentgang verlangen, wenn anzunehmen ist, dass er sich entschlossen hätte, seine Erwerbsfähigkeit einzusetzen, und auch einen Erwerb gefunden hätte;<sup>144</sup> dabei muss der Verletzte, der bis zum Unfall noch nicht im Erwerbsleben stand, beweisen, dass er eine Erwerbsstellung gesucht und auch gefunden hätte. Welches Einkommen er bei Ausnutzung seiner Erwerbsfähigkeit ohne die Unfallfolge erzielt hätte, kann nur aufgrund hypothetischer Feststellungen über einen nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Geschehensablauf beurteilt werden.<sup>145</sup> So hat ein verletzter **Student** Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, der ihm durch den verletzungsbedingt verzögerten Eintritt ins Berufsleben entsteht.<sup>146</sup>

Neben dem Entgang des bisherigen Verdienstes können die Vermögensnachteile auch in der bloßen **Verringerung des Erwerbseinkommens**, in Einbußen wegen **verzögerten Eintritts** in das Berufsleben,<sup>147</sup> in der Beeinträchtigung des beruflichen **Aufstiegs**,<sup>148</sup> im Aufschub des beruflichen **Wiedereinstiegs**<sup>149</sup> oder im Entgang bzw in der Schmälerung der **Alterspension**<sup>150</sup> bestehen.

## 4.2. Bemessung

### 4.2.1. Tatsächlicher Verdienstentgang

Der Verdienstentgang kann entweder konkret oder abstrakt berechnet werden. Bei der **konkreten** Berechnung des Verdienstentgangs wird mithilfe der **Differenzmethode** festgestellt, welche Einkommensverringerung infolge der Körperverletzung konkret eingetreten ist; es wird also die wirkliche Vermögenseinbuße berücksichtigt. Bei der abstrakten Berechnung des Verdienstentgangs wird unabhängig davon, ob der Verletzte noch gleich viel verdient wie vorher, nur auf die objektiv zu ermittelnde Minderung der Erwerbsfähigkeit abgestellt. Die beiden Berechnungsmethoden dürfen nicht miteinander verquickt werden.<sup>151</sup>

Der Verdienstentgang wird grundsätzlich konkret berechnet.<sup>152</sup> Die **abstrakte** Berechnung (nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit ohne Rücksicht auf die konkrete Verdienstsituation) hat aber in die Berechnung des Verdienstentgangs durch Anerkennung der **abstrakten Rente** Eingang gefunden.<sup>153</sup> Für ein Wahlrecht zwischen den Mitteln für die freiwillige Weiterversicherung und dem späteren Pensionsdifferenzschaden tritt die OGH-Entscheidung vom 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f ein. Der Verdienstentgang ist während des Zeitraums, in dem die Beeinträchtigung durch die Körperverletzung eingetreten ist, in gesamthafter Betrachtung zu bemessen. Trat **insgesamt kein Ver-**

**dienstentgang** ein, sondern nur in einem isolierten Zeitraum, so kommt kein Ersatz in Betracht.<sup>154</sup>

Zum **Verdienst** rechnet die Rechtsprechung nicht bloß die Arbeit im Rahmen eines Dienstverhältnisses oder die Ausübung einer **selbständigen** Erwerbstätigkeit, sondern jede Tätigkeit, durch die der Verletzte für sich Vermögen schafft, etwa den Bau eines Hauses, auch wenn dieses im Eigentum des Ehegatten steht,<sup>155</sup> Umbau- und Instandhaltungsarbeiten am Haus,<sup>156</sup> aber auch die Mitwirkung im Erwerb des anderen Ehegatten.<sup>157</sup> Gleiches gilt für konkret zugesagte Sponsorengelder bei Spitzensportlern.<sup>158</sup>

Kann diese Tätigkeit infolge der Verletzung nicht ausgeübt werden, so ist die entgangene Bildung zusätzlichen Vermögens Verdienstentgang.

**Zum Einkommen gehören** neben dem Urlaubsentgelt<sup>159</sup> und den entgangenen Überstundenentgelten<sup>160</sup> auch schwankendes **Nebeneinkommen** (zB Filmrollen eines Burgschauspielers),<sup>161</sup> Trinkgelder,<sup>162</sup> den Aufwand übersteigende Reisediäten,<sup>163</sup> Zulagen,<sup>164</sup> die Möglichkeit, das Firmenfahrzeug privat zu nutzen,<sup>165</sup> und sonstige Naturalbezüge.<sup>166</sup>

Darauf, ob die zum Verdienst führende Tätigkeit nach den einschlägigen Verwaltungsvorschriften erlaubt ist, kommt es bei der Beurteilung der Ersatzfähigkeit des Verdienstentgangs nicht an: Deshalb ist nicht nur einer registrierten **Prostituierten** der Verdienstentgang zu ersetzen,<sup>167</sup> sondern wohl auch einer **nicht** registrierten Prostituierten. Auch der durch die Verletzung ausbleibende Verdienst aus gewerberechtlich verbotener **Schwarzarbeit (Pfusch)** ist – anders als etwa in Deutschland, wo Schwarzarbeitsverträge nichtig sind – ersatzfähig, weil solche Vereinbarungen nach österreichischem Recht keineswegs nichtig sind.<sup>168</sup>

Auch die Tatsache, dass der Verletzte vor dem beabsichtigten Antritt einer Beschäftigung durch längere Zeit nicht in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stand, berührt den Ersatzanspruch jedenfalls dann nicht, wenn er zur Zeit des Unfalls eine Erwerbsgelegenheit neuerlich gefunden hatte und der Dienstantritt unmittelbar bevorstand.<sup>169</sup> Der Anspruch eines ausländischen Arbeitnehmers mit saisonaler Beschäftigungsbewilligung auf Verdienstentgang in den späteren Jahren setzt voraus, dass er beweist, er wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterhin in Österreich beschäftigt geblieben.<sup>170</sup> Besondere subjektive Erwerbsmöglichkeiten, die nicht regelmäßig im gewöhnlichen Erwerb liegen (zB erwartete Hofübergabe, Versäumen eines einmalig günstigen Geschäfts), sind als entgangener Gewinn erst ab grober Fahrlässigkeit zu ersetzen.<sup>171</sup>

Beispiele, welche **Zulagen** im Rahmen des Verdienstentgangs ersatzfähig sind, finden sich bei *Danzl*<sup>172</sup> und *Ch. Huber*.<sup>173</sup> Grundsätzlich ist zu ersetzen, was zum echten Einkommen zählt, nicht hingegen, was einen Mehraufwand abdecken soll.

**Verdienstentgang für die Vergangenheit**, also bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung erster Instanz, **ist**

mit einem Kapitalbetrag,<sup>174</sup> für die Zukunft hingegen durch Entrichtung einer **Geldrente** zu ersetzen.<sup>175</sup> **Rentenbegehren** waren nach der älteren Rechtsprechung, war die Dauer ungewiss, ohne zeitliche Begrenzung zuzusprechen.<sup>176</sup> Seit der OGH-Entscheidung vom 2. 12. 1971, 2 Ob 198/71, werden sie indes, soweit es um **unselbständig** Erwerbstätige geht, bei Männern mit dem 65., bei Frauen mit dem 60. Lebensjahr begrenzt;<sup>177</sup> bei diesen sei mit der Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit über das Pensionsalter hinaus nicht zu rechnen, sofern sich aus den besonderen Umständen nicht das Gegenteil erschließen lässt.<sup>178</sup> Nur wer daher behaupten und beweisen könne, dass er auch nach dem Erreichen des Pensionsalters einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sein würde, könne eine zeitlich nicht begrenzte Rente beanspruchen.<sup>179</sup>

Nun hat aber der OGH – allerdings zum Unterhaltersatzanspruch der Witwe nach § 1327 ABGB – zutreffend ausgesprochen, so wie in jenen Fällen, in denen das Ende einer Rente von völlig ungewissen Umständen bestimmt werde, müsse auch dort, wo es weitgehend unbekannt ist, ob und mit welcher Änderung der Höhe der Rente bei (fiktivem) Eintritt in den Ruhestand des Unterhaltspflichtigen zu rechnen ist, von einer Berücksichtigung dieses Umstands abgesehen werden.<sup>180</sup> Da die Interessenlage bei Rentenbegehren Verletzter völlig gleich ist, sollten diese Grundsätze auch auf deren Beurteilung angewendet werden. Es muss also dem **Schädiger überlassen** werden, die **Herabsetzung** (oder den **Entfall**) der **Rente zu verlangen**, wenn er deren (dessen) Voraussetzungen nachweisen kann.<sup>181</sup> In diesem Zusammenhang ist auch auf jene Fälle zu verweisen, in denen der Verletzte wegen des Verlustes der Erwerbsfähigkeit (namentlich in jungen Jahren) auch nach Erreichung des Pensionsalters gar keine Pension erlangen könnte; in solchen Fällen muss die zeitliche Begrenzung jedenfalls entfallen.<sup>182</sup> Führt die Verdienstminderung nicht zum Entfall einer **Pensionsleistung**, aber dazu, dass diese **niedriger** ausfallen muss als ohne das Schadensereignis, so ist die Rente ab Pensionsalters mit dem **Differenzbetrag** zwischen der verminderten und der ohne den Schaden erreichbaren Pension zu gewähren.<sup>183</sup> Der Geschädigte hat aber ein **Wahlrecht**: Er kann die Pensionslücke entweder erst nach Antritt der Pension geltend machen oder schon davor laufende **Zahlungen** verlangen, die es ihm gestatten, die Lücke durch **freiwillige Weiter- oder Höherversicherung** in der staatlichen Pensionsversicherung oder durch eine private Pensionsvorsorge von vornherein zu vermeiden.<sup>184</sup>

*Ch. Huber* tritt für eine Berücksichtigung der Verhältnisse der jeweiligen **Berufsklasse** ein, weil zB Lehrer oder ÖBB-Bedienstete ihre Altersversorgung in der Regel deutlich früher bezogen.<sup>185</sup>

Da die Höhe des Verdienstentgangs mit den Verbraucherpreisen in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht, kann die **Verdienstentgangsrente** mit **keiner Wertsicherung** (auch nicht mit einer solchen nach dem Verbraucherpreisindex) verknüpft werden; es ist vielmehr

Sache der Parteien, bei geänderten Verhältnissen auf eine Anpassung der Rente an diese zu dringen.<sup>186</sup> Für eine Indexanpassung spricht sich hingegen *Ch. Huber* aus.<sup>187</sup>

### 4.2.2. Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage für den Ersatzanspruch ist zwar der **Nettoschaden**, doch sind die durch die Ersatzleistung dem Geschädigten erwachsenden **Steuer- und sonstigen Abgabeverpflichtungen** dem ersatzfähigen Schadensbetrag hinzuzurechnen.<sup>188</sup> Bei der Schadensberechnung sind jedoch auch **Ersparnisse an gesetzlichen Abgaben** infolge des Verdienstauffalls in Anschlag zu bringen. Die Schadenersatzleistung ist somit derart zu berechnen, dass sie unter Bedachtnahme auf die ihr wegen dem Geschädigten entstehende steuerliche Belastung dem Nettoschaden entspricht.<sup>189</sup> Auch die Ersatzleistung auf den Verdienstentgang ist so zu bemessen, dass der Nettoschaden nach Abzug der von der Ersatzleistung zu entrichtenden **Einkommensteuer** gedeckt bleibt.<sup>190</sup> Die **Fälligkeit** dieser vom Verletzten zu entrichtenden Steuerschuld ist indes nicht Voraussetzung ihrer Berücksichtigung bei der Bemessung des Ersatzanspruchs, sodass der Verletzte ab dessen Fälligkeit auch schon vor Entrichtung der Steuer von dem auf sie entfallenden Ersatzbetrag vom Schädiger Zinsen verlangen kann.<sup>191</sup>

Schadensrenten unterliegen der Einkommensteuer, wenn sie Einkommen ersetzen, nicht aber, wenn sie bloß vermehrte Bedürfnisse abdecken sollen.<sup>192</sup>

### 4.2.3. Lohnfortzahlungsproblem

Ist dem Verletzten dessen Dienstgeber – aufgrund welcher Norm auch immer und unabhängig davon, ob aufgrund gesetzlicher Vorschrift oder privatrechtlicher Vereinbarung<sup>193</sup> – **zur Lohnzahlung verpflichtet**, so wird der **Schaden auf den Dienstgeber verlagert**.

**Schadensverlagerung** tritt ein, wenn das **wirtschaftliche Risiko** der Rechtsgutverletzung (zB Körperverletzung) nicht den unmittelbar Verletzten trifft, sondern **infolge gesetzlicher oder vertraglicher Regelung auf einen Dritten** überwält wird; all diesen Schadensfällen ist es gemeinsam, dass der in seinem absoluten Recht (zB Gesundheit) Beeinträchtigte im Zeitpunkt des Schadensereignisses keinen Schaden erleidet, der (wirtschaftlich) Geschädigte hingegen nicht in einem seiner absoluten Rechte verletzt, sondern bloß von einem (reinen) Vermögensschaden betroffen wird.<sup>194</sup> Dennoch ist der beim Dritten eingetretene Schaden in diesen Fällen kein zusätzlicher Drittschaden im engeren Sinn, sondern einer, der normalerweise den Geschädigten selbst trafe, weshalb keine unüberschaubare Ausdehnung der Schadenersatzpflicht befürchtet werden muss.<sup>195</sup> Wegen dieser Schadensverlagerung ist es gerechtfertigt, dass der Schädiger dem Dienstgeber den auf diesen in Höhe des **Bruttolohns zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung** überwält Schaden zu ersetzen hat.<sup>196</sup>

Weitere Details bei *Fucik in Fucik/Hartl/Schlosser, Verkehrsunfall VI<sup>3</sup>, Rz 734 ff.*

Vom **VOEG** sind Lohnzahlungsfälle nicht gedeckt.<sup>197</sup>

#### 4.2.4. Verdienstentgang Selbständiger und von Gesellschaftern

Die Verletzung eines selbständig Erwerbstätigen kann entweder einen **Gewinnausfall** oder **Kosten für Ersatzkräfte** zur Folge haben;<sup>198</sup> gegebenenfalls kann der Unternehmer auch die Mehrkosten aus der verletzungsbedingt notwendig gewordenen Weitergabe einer termingebundenen Werkerstellung an einen Subunternehmer fordern.<sup>199</sup> Wird der Gewinnausfall durch den Einsatz von Ersatzkräften nicht zur Gänze ausgeglichen, so können die beiden Methoden der Ersatzberechnung auch **kombiniert** werden.<sup>200</sup> Wird der Betrieb nach der Verletzung eingestellt, so kann der Verletzte allerdings nur noch den Gewinnausfall einfordern.<sup>201</sup> Erzielt der Verletzte trotz des Wegfalls seiner eigenen Tätigkeit einen höheren Gewinn als vor seiner Verletzung, so hat ihm der Schädiger jenen Betrag als Verdienstentgang zu ersetzen, um den der Reingewinn bei nicht verhinderter Tätigkeit noch höher ausgefallen wäre.<sup>202</sup>

Auch die Entgeltfortzahlung an einen **geschäftsführenden Gesellschafter** ist ein Fall der Drittschadensliquidation.<sup>203</sup>

*Kozioł* hat terminologische Bedenken, die Aufwendungen für die Ersatzkräfte als „*Verdienstentgang*“ zu bezeichnen, zweifelt aber nicht daran, dass Aufwendungen zur Vermeidung eines Verdienstentgangs gleichermaßen zu ersetzen sind.<sup>204</sup>

Gleicht der verletzte Unternehmer seine Beeinträchtigung durch Mehranstrengung oder durch unentgeltliche Leistungen Dritter (zB Angehörige) aus, so kann er dennoch die (fiktiven) Kosten einer Ersatzkraft beanspruchen, weil der Schädiger dadurch nicht entlastet werden soll;<sup>205</sup> diese Kosten werden mit dem fiktiven Bruttolohn einer solchen Ersatzkraft berechnet.<sup>206</sup> Die vorher erwähnte Kombinationsmethode kommt auch dann in Betracht, wenn durch unentgeltliche Leistungen Dritter oder Mehrleistungen des Verletzten ein Gewinnausfall nur zum Teil verhindert wurde; dann sind die (fiktiven) Kosten einer Ersatzkraft bei der Ermittlung des Schadens aus der Gewinnminderung zu berücksichtigen.<sup>207</sup> Wurde hingegen durch solche Mehranstrengungen oder Drittleistungen der Gewinnausfall zur Gänze verhindert, sodass die subjektiv-konkrete Berechnung überhaupt keinen Schaden ergäbe, so können die Kosten einer **fiktiven Ersatzkraft** in Ansatz gebracht werden.<sup>208</sup>

Schlägt sich der unfallbedingte Erwerbsausfall eines mitarbeitenden Gesellschafters einer Personen- oder Kapitalgesellschaft in einem Gewinnausfall der Gesellschaft nieder, so kann der verletzte Gesellschafter nur den seiner Beteiligung entsprechenden Gewinnausfall fordern;<sup>209</sup> der auf die übrigen Gesellschafter entfallende Gewinnausfall ist dagegen nach herrschender Meinung bloß – nicht ersatzfähiger – mittelbarer Schaden,<sup>210</sup> doch deutet die

neuere Rechtsprechung an, die übrigen Gesellschafter könnten infolge Schadensverlagerung aufgrund der Gewinnverteilungsregelung die restlichen entgangenen Gewinnanteile ersetzt verlangen.<sup>211</sup>

Wurde eine Ersatzkraft tatsächlich eingestellt, so sind die dafür entstandenen Kosten dem verletzten Gesellschafter nur dann zu ersetzen, wenn er die Kraft selbst eingestellt oder beauftragt hat; erfolgte dies indes durch die (rechtsfähige) Gesellschaft, so kann der verletzte Gesellschafter nur den Ersatz seines durch die Beschäftigung der Ersatzkraft verursachten Gewinnausfalls, nicht hingegen die Kosten für die Ersatzkraft verlangen; die Gesellschaft ist nur mittelbar geschädigt und ihr Schaden deshalb nicht ersatzfähig.<sup>212</sup>

Wird der Gewinnausfall der Gesellschaft durch vermehrte Anstrengungen der Mitgesellschafter oder durch Leistungen von Familienangehörigen wettgemacht, so ist der verletzte Gesellschafter berechtigt, die Kosten einer fiktiven Ersatzkraft vom Schädiger ersetzt zu verlangen.<sup>213</sup>

In einer GmbH vor dem Unfall des Gesellschafters erwirtschaftete **Bilanzgewinne** sind auch dann zur Bemessung des im unfallbedingt verminderten Anteil am Gesellschaftsgewinn bestehenden Verdienstentgangs des Gesellschafters heranzuziehen, wenn sie vor dem Unfall nicht ausgeschüttet wurden oder noch nicht fällig waren.<sup>214</sup>

Der Verdienstentgang eines freischaffenden Kunstmalers, der seiner künstlerischen Tätigkeit unfallbedingt eine Zeit lang nicht nachkommen konnte, kann, weil er seine Bilder teils erst nach längerer Zeit verkauft und teils zur Altersversorgung zurückhält, nicht etwa durch einen Vergleich der verletzungsbedingt erzielten Erträge mit jenen, die er ohne seine Verletzung erzielt hätte, ermittelt werden. Sein Schaden besteht vielmehr in Verkaufserlösen, die er in Zukunft mit jenen Gemälden erzielt hätte, die er verletzungsbedingt nicht schaffen konnte. Dabei ist allerdings zu unterscheiden: Erlöse jener Bilder, die er mit hoher (mit an Sicherheit grenzender) Wahrscheinlichkeit hätte verkaufen können, bilden seinen Verdienstentgang, jene Erlöse hingegen, deren Verkauf nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwarten gewesen wäre, sind bloß entgangener Gewinn, dessen Ersatz grobes Verschulden voraussetzt.<sup>215</sup>

Der Geschäftsausfall des Betreibers einer **Autobahnraststätte**, der auf das gänzliche Wegbleiben von Gästen infolge der unfallbedingten **Sperre eines Autobahnstückes** zurückzuführen ist, ist als bloß mittelbarer Schaden nicht ersatzfähig.<sup>216</sup>

Bei Selbständigen ist die **Rente** nicht mit dem Pensionsalter zu begrenzen.<sup>217</sup> Zwar wurde eine solche Begrenzung für den Fall bejaht, dass der Schädiger nachweist, der Verletzte hätte mit Erreichen dieses Alters nicht weitergearbeitet,<sup>218</sup> doch müssen auch insoweit die meine diesbezüglichen Ausführungen gelten.<sup>219</sup>

Ein **Wechsel der Beschäftigung** setzt den Geschädigten unter Umständen dem Einwand aus, seine Schadensminderungsobliegenheit verletzt zu haben. Kann der Ge-

schädigte nicht beweisen, dass ihm die Beibehaltung der bisherigen Tätigkeit nicht mehr unzumutbar ist, so darf er diese weder ohne Aussicht auf ein gleichwertiges Arbeitsverhältnis noch zugunsten einer mit Anfangsverlust verbundenen selbständigen Erwerbstätigkeit aufgeben; eine (weitere) berufliche Neuorientierung kann gegen die Schadensminderungsobliegenheit verstoßen.<sup>220</sup> Ebenso wenig kommt es zu einer Zurechnung des Schadens, der im Zusammenhang mit dem Entschluss des Geschädigten steht, sich an einer **Unternehmensgründung** zu beteiligen und damit verbundene Anlaufverluste in Kauf zu nehmen.<sup>221</sup>

Ein Schadenersatz für den **Wertverlust des Unternehmens** (zB Einpersonen-GmbH) aufgrund der beim Unternehmer eingetretenen Unfallfolgen hat eine andere rechtliche Natur als der unfallbedingte Verdienstentgang.<sup>222</sup>

### 4.3. Einwand zeitlicher Begrenzung

Im Prozess muss der **Einwand**, die Rente zeitlich zu begrenzen, **vor Schluss der Verhandlung erster Instanz** erhoben werden.<sup>223</sup> Steht nicht fest, ob und wann die Erwerbsfähigkeit wieder eintritt, so ist die Rente (sieht man vom Pensionseintrittsalter ab, auf das gegebenenfalls Bedacht zu nehmen ist) **ohne zeitliche Begrenzung zuzusprechen**,<sup>224</sup> ist also nicht auf die Zeit zu beschränken, nach deren Ablauf bei gewöhnlichem Lebenslauf die Erwerbsfähigkeit wieder eintreten wird. Der Schädiger ist vielmehr auf eine Feststellungsklage (der Rentenanspruch sei erloschen) bzw – bei Exekutionsführung – auf die Klage gemäß § 35 EO zu verweisen, wenn er später beweisen kann, dass der Verletzte die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt hat.<sup>225</sup>

### 4.4. Abstrakte Rente

Erleidet der Verletzte trotz der Unfallfolgen **keinen (konkreten) Verdienstentgang**, etwa weil er seine bisherige Stellung bei unverändertem Gehalt beibehalten kann, so gewährt ihm die Rechtsprechung unter gewissen Voraussetzungen eine **abstrakte Rente**.<sup>226</sup> Sie bildet allerdings eine **Ausnahme für Härtefälle**, in denen der Verletzte trotz eines körperlichen Dauerschadens deshalb leer ausgehen müsste, weil ihm zufällig und vorläufig kein ziffernmäßig fassbarer Verdienstentgang erwachsen ist.<sup>227</sup> Durch den Zuspruch der **abstrakten** Rente ist es dem Geschädigten **verwehrt**, später einen **konkreten** Verdienstentgang zu fordern.<sup>228</sup>

Hatte der OGH in der Entscheidung vom 5. 6. 2002, 2 Ob 133/02a, noch angedeutet, dass die Rechtsprechung zur abstrakten Rente zu überprüfen sei, so pflichtete er dieser Judikatur wenig später aus „*praktischen wie prozessökonomischen Grundsätzen*“ bzw „*in den engen Grenzen der bisherigen Rechtsprechung*“ bei, zumal diese seit 1881 bestehende Rechtsprechung im Schrifttum überwiegend bejaht werde.<sup>229</sup>

Unabdingbare **Voraussetzung** ist es, dass ein **Dauerschaden** feststeht und deshalb eine **Minderung des**

**Einkommens in der Zukunft zu erwarten oder doch wahrscheinlich** ist,<sup>230</sup> weil konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Verletzte eher Gefahr läuft, seine Stellung einzubüßen, als ein unversehrter Arbeitnehmer.<sup>231</sup>

Die abstrakte Rente soll eine **Sicherungs- und eine Ausgleichsfunktion** erfüllen:<sup>232</sup> Der Verletzte soll einerseits vor den Folgen seiner Benachteiligung im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt gesichert sein<sup>233</sup> und andererseits in die Lage versetzt werden, sich schon jetzt für den infolge seiner Dauerschädigung zu befürchtenden Fall, seinen Arbeitsplatz zu verlieren bzw nur schwerer eine neue Stellung zu erlangen, durch entsprechende **Rücklagen** einen Fonds zur Deckung des damit verbundenen Ausfalls zu schaffen,<sup>234</sup> sodass auch ein aktuell **Arbeitsloser** Anspruch auf eine abstrakte Rente haben kann,<sup>235</sup> ebenso ein Selbständiger.<sup>236</sup> Die **Ausgleichs- bzw Erschwernisfunktion** setzt somit voraus, dass der Verletzte den zur Erhaltung seines Arbeitsplatzes notwendigen Arbeitserfolg im Vergleich zu seinen Arbeitskollegen nur durch physische und psychische Mehranstrengungen erzielen kann, demnach im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt durch die Verletzungsfolgen schon deshalb benachteiligt ist<sup>237</sup> und überdies Gefahr läuft, dass seine Arbeitskraft deshalb rascher verbraucht sein wird.<sup>238</sup>

Bei **tatsächlichem** (konkretem) **Verdienstentgang** gebührt **keine abstrakte Rente**.<sup>239</sup> Die Rechtsprechung verlangt für den Zuspruch einer solchen Rente stets auch, dass ein innerer Zusammenhang mit einem tatsächlich zu erwartenden Verdienstentgang besteht,<sup>240</sup> weshalb ohne ausreichenden Anhaltspunkt für einen künftigen Verdienstentgang, also bei fehlender Sicherungsfunktion, eine abstrakte Rente nicht zuerkannt wird,<sup>241</sup> selbst wenn die Ausgleichsfunktion erfüllt wäre.<sup>242</sup> Kann der Verletzte daher weder einen tatsächlich eingetretenen noch einen in Zukunft zu erwartenden Verdienstentgang geltend machen, sodass er in Wahrheit die Abgeltung der mit der Mehranstrengung bei der bisherigen Beschäftigung verbundenen Unlustgefühle verlangt, so kann dieses Begehren nur bei der Bemessung des Schmerzensgeldes berücksichtigt werden.<sup>243</sup>

Maßgeblich für den Zuspruch einer abstrakten Rente sind die tatsächlichen **Verhältnisse bei Schluss der Verhandlung erster Instanz** (im letzten Rechtsgang).<sup>244</sup> Hat der Geschädigte in diesem Zeitpunkt (noch) keinen konkreten Verdienstentgang, so steht die Tatsache, dass er in einem bestimmten schon vergangenen Zeitraum einen tatsächlichen Einkommensverlust erlitten hat, der Zuerkennung einer abstrakten Rente nicht entgegen; diese ist (auch in einem solchen Fall) stets vom Schluss der Verhandlung erster Instanz bis zum Eintritt des Verletzten in den Ruhestand zu bemessen.<sup>245</sup> Für die **Vergangenheit** steht demnach also eine abstrakte Rente ebenso wenig zu,<sup>246</sup> wie ihre Verzinsung infrage kommt.

Für die **Bemessung** der abstrakten Rente gibt es keine allgemein gültigen Maßstäbe, doch wird in der Regel die **Piegler'sche Formel** angewendet: Danach ist die abstrakte Rente – von außergewöhnlichen Umständen abge-

sehen – mit dem Produkt aus dem halben Prozentsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit und dem tatsächlichen Einkommen des Verletzten zu bemessen (zB Einkommen € 3.000,-, Minderung der Erwerbsfähigkeit 30 %: Rente € 450,-).<sup>247</sup> Sie hängt also vom Grad der Erwerbsminderung und dem tatsächlichen Einkommen ab.<sup>248</sup> Eine exakte Begründung gerade dieser Berechnung lässt die Rechtsprechung vermissen.<sup>249</sup>

#### 4.5. Haushaltsführung

Die Kosten einer Haushaltshilfe sind bei Beeinträchtigung der Haushaltsführung des verletzten Alleinstehenden im Rahmen der **vermehrten Bedürfnisse** zu ersetzen.

Dagegen sind diese Kosten, wird der **Partner** verletzt, der dem anderen zur Haushaltsführung verpflichtet ist, im Rahmen der **Minderung der Erwerbsfähigkeit** zu ersetzen.<sup>250</sup> Seit dem Eherechts-Änderungsgesetz 1999, BGBl I 1999/125, haben die Ehegatten an der Führung des gemeinsamen Haushalts nach ihren persönlichen Verhältnissen, besonders unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Belastung, mitzuwirken (§ 95 ABGB). Ist ein Ehegatte nicht erwerbstätig, so obliegt ihm die Haushaltsführung, doch bleibt der andere nach Maßgabe des § 91 ABGB, der die einvernehmliche Gestaltung der Lebensverhältnisse vorschreibt, zur Mithilfe verpflichtet. Im Lichte dieser neuen Bestimmung können Differenzierungen danach, ob eine Frau oder ein Mann verletzt wurde, keinesfalls mehr aufrechterhalten werden.

Somit steht **jedem Verletzten**, der zur **Haushaltsführung verpflichtet** ist, der Ersatz der Kosten einer Haushaltshilfe zu, gleichgültig, ob eine solche tatsächlich beschäftigt wird oder ob der Verletzte (oder sein Partner) die Hausarbeit unter vermehrtem Aufwand an Zeit und Mühe weiterhin verrichtet.<sup>251</sup> Ausschlaggebend sind die Art und das Ausmaß der vom haushaltsführungspflichtigen Verletzten im Haushalt und für die Pflege der Kinder erbrachten Leistungen, an deren Erbringung er infolge des Unfalls gehindert ist, sowie die Kosten einer entsprechenden Ersatzkraft.<sup>252</sup> Eine Art Erheblichkeitsschwelle (der haushaltsführenden Verletzten ist nur das Feinabschmecken der Speisen nicht mehr möglich) postuliert die OGH-Entscheidung vom 10. 4. 2008, 2 Ob 100/07f.<sup>253</sup> Selbst wenn die Haushaltsarbeiten schon vor der Schädigung durch Dritte gegen Entlohnung verrichtet wurden, steht dem Verletzten ein Ersatzanspruch zu, weil es nur darauf ankommt, dass er zur Bewältigung der Haushaltsarbeiten nunmehr zwingend auf Dritte angewiesen ist, während es ihm vor der Verletzung freigestanden wäre, die Arbeiten selbst zu verrichten.<sup>254</sup> Eine Beschränkung auf Haushaltsleistungen, die im Rahmen einer familiären Verpflichtung oder gegen Entgelt erbracht werden, besteht nicht.<sup>255</sup> Dass der Verletzte **nicht im selben Haushalt** wohnt wie die pflegebedürftigen Eltern, steht dem Zuspruch nicht entgegen.<sup>256</sup>

Beachte: Der Schadenersatzanspruch wegen der Beeinträchtigung der Haushaltstätigkeit deckt die Auswirkungen der beeinträchtigten Haushaltsführung sowohl auf den Ver-

letzten selbst (als vermehrte Bedürfnisse) wie auch auf dessen betreute Familienangehörigen (als Verdienstentgang) ab.

Das **Pflegegeld** steht dabei insoweit in sachlicher Kongruenz, als der Ersatzanspruch für die beim Verletzten selbst eintretenden Beeinträchtigungen zusteht. Die Zuordnung der entfallenden Leistungen des Haushaltsführers auf die Mitglieder des Haushalts erfolgt in der Regel nach Kopfteilen. Bei einem Zweipersonenhaushalt ist das Pflegegeld daher nur zur Hälfte, im Falle eines Ehepaars mit Kind nur zu einem Drittel auf den Ersatzanspruch anrechenbar.<sup>257</sup> Schon aus **Kausalitätserwägungen** stehen dem haushaltsführenden Ehegatten, dessen Arbeitsfähigkeit schon vor dem Unfall um etwa 60 % vermindert war und der durch den Unfall völlig arbeitsunfähig wurde, nur 40 % des für die Haushaltshilfe erforderlichen Aufwands zu.<sup>258</sup>

Der **Höhe** nach kann die **Hausfrauenrente** (deren Regeln auch eine Hausmannrente folgt) mit dem Aufwand für eine **Hausgehilfin** – gegebenenfalls gemäß § 273 ZPO – festgesetzt werden;<sup>259</sup> maßgeblich ist der (fiktive) **Bruttolohn** einschließlich der Weihnachtsremuneration und des Urlaubszuschusses sowie eines Zuschlags für die Leistungen an Sonn- und Feiertagen.<sup>260</sup> Fiktiv ist hier nicht der Schaden (weil die tatsächlichen Leistungen maßgeblich sind), sondern nur die Berechnungsmethode (weil auf professionelle Kräfte abgestellt wird, die gar nicht eingesetzt wurden).<sup>261</sup> Die **Rente** ist grundsätzlich **ohne zeitliche Begrenzung** zuzusprechen<sup>262</sup> und kann je nach Änderung der Verhältnisse erhöht oder herabgesetzt werden.<sup>263</sup>

Kann die **familiäre Krankenpflege** infolge unfallbedingter Verletzung **nicht mehr besorgt** werden, so hat der Verletzte, also nicht der zu pflegende Familienangehörige, einen wie die Hausfrauenrente zu berechnenden Anspruch auf Ersatz der Kosten einer entsprechenden **Ersatzkraft**.<sup>264</sup> Hat der Verletzte seine Arbeitskraft – obgleich auch ohne Entlohnung – einem Verwandten zur Verfügung gestellt, so hat er dennoch selbst (und nicht der Pflegebedürftige) Anspruch auf Ersatz des Werts seiner Arbeitsleistungen.<sup>265</sup> Das gilt auch für den Ehegatten, der im Betrieb des anderen unentgeltlich mitarbeitet,<sup>266</sup> selbst wenn dieser die Aushilfskraft entlohnt,<sup>267</sup> für den Landwirtssohn,<sup>268</sup> aber auch für die Ordensperson, die dem Orden ihre Arbeitskraft ohne Entgelt widmet, der aber der Lebensunterhalt einschließlich der Altersversorgung gereicht wird.<sup>269</sup>

Die unentgeltliche Mitarbeit ist einem Verdienst gleichzuhalten.<sup>270</sup>

#### 4.6. Sonderprobleme der Schadensminderung und der Vorteilsausgleichung

##### 4.6.1. Schadensminderung

Der Verletzte hat – in Erfüllung seiner **Schadensminderungsobliegenheit** – **Erwerbsmöglichkeiten zu suchen** bzw eine solche **anzunehmen, soweit** ihm das **zumutbar** ist.<sup>271</sup> Allerdings belasten ihn nur schuldhafte Verstöße gegen diese Obliegenheit.<sup>272</sup>

Grundsätzlich trifft den **Schädiger die Behauptungs- und die Beweislast** dafür, dass der Geschädigte seinen Verdienstentgang durch Aufnahme einer anderen Beschäftigung hätte vermeiden oder verringern können oder jetzt vermeiden oder verringern könnte.<sup>273</sup> Freilich muss sich der Verletzte auf seinen Rentenanspruch nur jene Einkünfte anrechnen lassen, die er aus einem von ihm ausgeschlagenen, ihm jedoch **zumutbaren Erwerb** hätte erzielen können oder erzielen könnte; er muss daher nicht jede beliebige Erwerbstätigkeit aufnehmen;<sup>274</sup> Gleiches gilt für einen nach einer möglichen, jedoch grundlos ausgeschlagenen **Umschulung** erzielbaren Verdienst.<sup>275</sup>

Dabei sind jedoch die Fälle, in denen die verbliebene verminderte **Erwerbsfähigkeit** in einem **anderen Beruf** eingesetzt werden soll, von jenen zu unterscheiden, in denen der Verletzte nach **Wiedererlangung seiner vollen Erwerbsfähigkeit** in dem **vor dem Unfall ausgeübten Beruf weiterarbeiten** soll:

Auf einen Verstoß des Verletzten gegen dessen **Schadensminderungsobliegenheit** kann sich der Schädiger in den ersteren Fällen nur dann mit Erfolg berufen, wenn er behauptet und beweist, dass der Verletzte eine konkrete zumutbare Erwerbsmöglichkeit oder eine zumutbare Umschulung, die ihm voraussichtlich eine solche Erwerbsmöglichkeit verschaffte, ohne zureichenden Grund ausschlug.<sup>276</sup> In den letzteren Fällen ist es dem Verletzten hingegen grundsätzlich zuzumuten, sich nach wiederhergestellter Gesundheit um den früheren oder um einen gleichwertigen anderen Arbeitsplatz zu bemühen, wenn die von ihm nach seiner Gesundung ausgeübte Tätigkeit weniger einträglich ist; für den in solchen Fällen weiterhin bestehenden Verdienstentgang hat der Schädiger nur dann einzustehen, wenn der Verletzte behauptet und beweist, dass er einen Arbeitsplatz mit einer seinem früheren Einkommen entsprechenden Entlohnung trotz vollständiger Wiederherstellung seiner Gesundheit nicht erlangen konnte.<sup>277</sup> Dass er sich jedoch einer probeweisen Belastung wie in seinem früheren Beruf nicht unterzog, kann ihm regelmäßig nicht als schuldhaftes Verhalten seiner Schadensminderungsobliegenheit angelastet werden.<sup>278</sup>

**Was** dem Geschädigten **zumutbar** ist, ist im Einzelfall nach den Interessen beider Teile und den Grundsätzen des redlichen Verkehrs zu bestimmen;<sup>279</sup> das gilt auch für die Zumutbarkeit der Ausübung eines **Verweisungsberufs**,<sup>280</sup> eine nennenswerte Verschlechterung der sozialen Lebensstellung und der Art seines Berufs muss der Geschädigte allerdings nicht hinnehmen.<sup>281</sup> Dem Geschädigten sind auch die Kosten der Umschulung zu ersetzen.<sup>282</sup> Er kommt seiner **Schadensminderungsobliegenheit** nach, wenn er sich beim AMS meldet, dessen Ratschlägen nicht zuwiderhandelt, dessen Entscheidungen abwartet und sodann einen Arbeitsplatz annimmt, der diesen Ratschlägen entspricht; dass ihn das AMS nicht auf weitere Möglichkeiten einer ihm zumutbaren Tätigkeit aufmerksam macht, geht dann nicht zu seinen Lasten.<sup>283</sup> Dass der Geschädigte eine ihm zumutbare konkrete Erwerbsgelegenheit oder Erfolg versprechende zumutbare Umschulungsmöglichkeit ausgeschlagen hat, wäre vom Schädiger zu beweisen.<sup>284</sup>

Die Frage, **in welchem Zeitpunkt die Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen** ist, kann ebenso wie die Frage, unter welchen Voraussetzungen dem Verletzten ein **Berufswechsel** zuzumuten ist, nur nach den Umständen des Einzelfalles und den persönlichen Verhältnissen des Verletzten beantwortet werden.<sup>285</sup> Die **Zumutbarkeit** entsprechender **Umschulung** richtet sich nicht allein nach physiologischen Gesichtspunkten, auch die nach den psychischen Gegebenheiten des Verletzten zu beurteilende Fähigkeit zur Anpassung und Umstellung muss dabei gebührend berücksichtigt werden.<sup>286</sup>

### 4.6.2. Vorteilsanrechnung

Bei der **Insassenversicherung**, einer Unfallversicherung, handelt es sich um eine Versicherung für fremde Rechnung, aus der Ansprüche für den Fall, dass die Versicherten nicht namentlich genannt sind, vom Versicherungsnehmer für die versicherten Insassen – als Treuhänder – geltend zu machen sind; die dem verletzten Insassen (zB Bei- oder Mitfahrer) ausgefolgte **Versicherungssumme** ist auf den Schadenersatzanspruch des Insassen **anzurechnen**, wenn sich der Anspruch gegen den Versicherungsnehmer richtet und dieser die Anrechnung verlangt. Diese Anrechnung beschränkt sich freilich auf **kongruente Ersatzansprüche**, also solche, die sowohl von der Ersatzpflicht des Versicherungsnehmers als auch von der Insassenversicherung umfasst sind.<sup>287</sup>

Auch die **Ersparnis von Haushaltskosten** infolge eines **Krankenhaus- oder Kuraufenthalts** ist zu berücksichtigen,<sup>288</sup> nicht hingegen die Ersparnis an Nahrungs-, Wohn- und Kleidungskosten eines Schwerstbehinderten.<sup>289</sup> Ebenso sind die Erträge aus der Verwertung der Betriebsmittel des aus Anlass der Unfallfolgen stillgelegten Betriebs des Verletzten auf den Verdienstentgang anzurechnen. Muss der Verletzte eine geringer entlohnte, aber näher zu seinem Wohnort gelegene Arbeitsstelle annehmen, so ist der (materielle) Vorteil der Fahrtkostensparnis anzurechnen, nicht aber der (immaterielle) der längeren Freizeit wegen kürzerer Wegzeiten.<sup>290</sup>

Auf den Verdienstentgang **nicht anzurechnen** sind Leistungen aus privater Unfall- oder Krankenversicherung<sup>291</sup> sowie überhaupt aus einer Summenversicherung bezogene Beträge (wie **Krankengeld**),<sup>292</sup> aber auch nicht die **Abfertigung**,<sup>293</sup> die **Ersatzleistung** zur **Urlaubsabgeltung** gemäß § 10 UrlG<sup>294</sup> sowie ganz allgemein alle Leistungen eines Dritten, die keine Entlastung des Schädigers bezwecken,<sup>295</sup> wie die **Notstandshilfe**,<sup>296</sup> die **Sozialhilfe**<sup>297</sup> sowie die **erhöhte Familienbeihilfe** gemäß § 8 Abs 4 FLAG<sup>298</sup> und überhaupt aus sozialpolitischen Erwägungen erbrachte Leistungen aus öffentlichen Mitteln.<sup>299</sup>

Zu weiteren Einzelfällen siehe *Tades/Hopf/Kathrein/Stabentheiner*, ABGB I<sup>37</sup> (2009) § 1325 E 285 bis 309; zur Versehrtenrente OGH 9. 7. 2002, 2 Ob 167/01z; zur Anrechnung von Trinkgeldern im Zusammenhang mit dem Quotenvorrecht OGH 21. 4. 2005, 2 Ob 269/04d.

### 4.6.3. Schadensüberwälzung

Die Eltern einer Studentin, die vor Beginn oder während ihres Studiums verletzt worden war, können den Unterhaltsmehraufwand verlangen, der ihnen aus dem verzögerten Berufseintritt der Tochter erwächst – freilich nur für jene Zeiträume, in denen die Tochter ohne die Verletzung bereits ins Berufsleben eingetreten, also selbsterhaltungsfähig gewesen wäre.<sup>300</sup>

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> RIS-Justiz RS0031108; zB OGH 10. 12. 1964, 2 Ob 257/64, EvBI 1965/181; zuletzt OGH 15. 11. 2007, 2 Ob 190/07s.
- <sup>2</sup> ZB OGH 11. 2. 1931, 2 Ob 142/31, SZ 13/36.
- <sup>3</sup> ZB OGH 18. 4. 1968, 2 Ob 12/68; zuletzt OGH 26. 2. 2019, 2 Ob 14/18z; *Reischauer in Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 21; *Apathy*, EKHG (1992) § 13 Rz 3.
- <sup>4</sup> RIS-Justiz RS0023471; zB OGH 17. 2. 1977, 6 Ob 712/76, JBI 1977, 322 (*Pfersmann*); zuletzt OGH 15. 5. 2019, 9 Ob 22/19d.
- <sup>5</sup> OGH 4. 6. 1987, 8 Ob 24/87.
- <sup>6</sup> OGH 2. 2. 1978, 2 Ob 279/77, ZVR 1978/264.
- <sup>7</sup> OGH 17. 2. 2010, 2 Ob 113/09w, ZVR 2010/157 (*Ch. Huber*); 26. 4. 2011, 8 Ob 101/10a, ZVR 2011/178 (*Karner*).
- <sup>8</sup> RIS-Justiz RS0030792; zB OGH 1. 12. 1982, 1 Ob 658/82, EvBI 1983/82.
- <sup>9</sup> RIS-Justiz RS0030792 (T4); OGH 3. 11. 1999, 9 Ob 78/99g; 21. 5. 2003, 2 Ob 120/02i.
- <sup>10</sup> RIS-Justiz RS0030786 (T3); OGH 12. 4. 2011, 4 Ob 8/11x.
- <sup>11</sup> OGH 3. 11. 1950, 3 Ob 331/50.
- <sup>12</sup> OLG Graz 14. 11. 2018, 5 R 169/18i, ZVR 2019/163.
- <sup>13</sup> RIS-Justiz RS0022850; zB OGH 9. 3. 1962, 2 Ob 70/62; 25. 5. 1999, 1 Ob 91/99k; zuletzt OGH 25. 4. 2018, 2 Ob 18/18p, ZVR 2018/220 (*Schwarzenegger*).
- <sup>14</sup> OGH 6. 11. 1975, 2 Ob 208/75.
- <sup>15</sup> *Apathy*, EKHG, § 13 Rz 2.
- <sup>16</sup> *Apathy*, EKHG, § 13 Rz 2.
- <sup>17</sup> OGH 25. 3. 1980, 2 Ob 27/80, ZVR 1980/299.
- <sup>18</sup> RIS-Justiz RS0030591; zB OGH 28. 4. 2011, 1 Ob 48/11g, ZVR 2011/241 (*Ch. Huber*).
- <sup>19</sup> OGH 18. 5. 1971, 8 Ob 76/71 ua, ZVR 1972/56.
- <sup>20</sup> OGH 18. 11. 1982, 8 Ob 91/82 ua, ZVR 1983/281.
- <sup>21</sup> OGH 9. 11. 2000, 2 Ob 231/99f.
- <sup>22</sup> RIS-Justiz RS0030427; zB OGH 20. 2. 1963, 6 Ob 53/63, ZVR 1963/144; zuletzt OGH 28. 8. 2019, 7 Ob 102/19d.
- <sup>23</sup> OGH 29. 6. 2006, 2 Ob 35/05v; *Ch. Huber in Schwimann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 98 ff.
- <sup>24</sup> OGH 20. 1. 2005, 2 Ob 7/05a, ZVR 2005/47 (*Karner*): „Facelifting“.
- <sup>25</sup> OGH 7. 5. 1986, 8 Ob 32/86.
- <sup>26</sup> OGH 9. 3. 1972, 2 Ob 231/71, JBI 1972, 368 (*F. Bydliński*); 12. 6. 1979, 2 Ob 73/79, ZVR 1980/151.
- <sup>27</sup> RIS-Justiz RS0106534; OGH 3. 9. 1996, 10 Ob 2350/96b; 5. 5. 1998, 4 Ob 23/98f, JBI 1999, 246 (*Bumberger*); zuletzt OGH 30. 8. 2016, 6 Ob 198/15h; *F. Bydliński*, Vergleichsverhandlungen und Verjährung; Anlageschäden und überholende Kausalität, JBI 1967, 130 (136).
- <sup>28</sup> RIS-Justiz RS0022684; zB OGH 28. 4. 2000, 1 Ob 81/00v; zuletzt OGH 22. 3. 2018, 3 Ob 164/17g; 28. 8. 2019, 7 Ob 103/19a.
- <sup>29</sup> ZB OGH 30. 6. 1976, 8 Ob 107/76, ZVR 1977/14; 14. 7. 1976, 8 Ob 121/76, ZVR 1977/231; zuletzt OGH 10. 6. 2008, 4 Ob 75/08w; *Harrer/Wagner in Schwimann/Kodek*, ABGB<sup>4</sup>, §§ 1301, 1302 Rz 41.
- <sup>30</sup> OGH 18. 11. 1982, 8 Ob 91/82 ua.
- <sup>31</sup> ZB OGH 24. 4. 2003, 2 Ob 284/01f.
- <sup>32</sup> OGH 5. 2. 1970, 2 Ob 365/69.
- <sup>33</sup> RIS-Justiz RS0030610; OLG Innsbruck 31. 3. 1998, 4 R 67/98d, ZVR 1999/27.
- <sup>34</sup> OGH 7. 4. 1976, 8 Ob 38/76, ZVR 1977/15; 24. 4. 2003, 2 Ob 284/01f.

- <sup>35</sup> OGH 9. 3. 1962, 2 Ob 70/62 (Kind); 16. 12. 1976, 2 Ob 257/76 ua, ZVR 1977/226 (schwer verletzter 80-jähriger pensionierter Schuldirektor).
- <sup>36</sup> RIS-Justiz RS0030435; zuletzt OGH 24. 4. 2003, 2 Ob 284/01f; OLG Innsbruck 31. 3. 1998, 4 R 67/98d.
- <sup>37</sup> OLG Innsbruck, JBI 1995, 596 (schwer verletzter Partner im selben Krankenhaus).
- <sup>38</sup> OGH 28. 6. 2005, 10 Ob 24/05k.
- <sup>39</sup> RIS-Justiz RS0030450; zB OGH 10. 5. 1989, 2 Ob 158/88, ZVR 1990/132 (zustimmend *Welser*).
- <sup>40</sup> OGH 10. 5. 1989, 2 Ob 158/88.
- <sup>41</sup> OGH 6. 10. 2000, 1 Ob 161/00h.
- <sup>42</sup> OGH 9. 2. 1938, 2 Ob 65/38, SZ 20/37; 7. 9. 1955, 2 Ob 323/55.
- <sup>43</sup> RIS-Justiz RS0030601; zB OGH 29. 6. 1971, 8 Ob 174/71, ZVR 1973/38.
- <sup>44</sup> RIS-Justiz RS0116493; OGH 20. 6. 2002, 2 Ob 103/01p; 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>45</sup> OLG Innsbruck 3 R 253/88.
- <sup>46</sup> OLG Wien 14 R 41/95; *Danzl in Koziol/Bydliński/Bollenberger*, ABGB<sup>6</sup>, § 1325 Rz 7.
- <sup>47</sup> OLG Wien 12 R 54/92.
- <sup>48</sup> OGH 29. 6. 1971, 8 Ob 174/71; 20. 6. 1989, 2 Ob 83/89; 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>49</sup> OGH 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>50</sup> OGH 20. 6. 1989, 2 Ob 83/89.
- <sup>51</sup> OGH 13. 4. 1967, 2 Ob 84/67, EvBI 1967/452.
- <sup>52</sup> OGH 20. 6. 1989, 2 Ob 83/89.
- <sup>53</sup> OGH 11. 12. 1957, 2 Ob 613/57, JBI 1958, 207.
- <sup>54</sup> OGH 20. 6. 2002, 2 Ob 103/01p.
- <sup>55</sup> *Reischauer in Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 16; vgl auch OGH 20. 6. 2002, 2 Ob 103/01p.
- <sup>56</sup> OGH 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>57</sup> OGH 10. 6. 1980, 2 Ob 30/80 ua, EFSIlg 36.178.
- <sup>58</sup> OGH 8. 7. 1987, 8 Ob 41/87.
- <sup>59</sup> OGH 30. 8. 1989, 2 Ob 41/89.
- <sup>60</sup> *Ch. Huber in Schwimann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 34; vgl auch OGH 21. 4. 2005, 2 Ob 90/05g, ZVR 2005/73 (*Karner*).
- <sup>61</sup> OGH 30. 8. 1989, 2 Ob 41/89; 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b; 21. 7. 2005, 8 Ob 64/05b.
- <sup>62</sup> OGH 24. 5. 2016, 1 Ob 97/16w, was in der OGH-Entscheidung vom 1. 3. 1984, 8 Ob 200/83, REDOK 2352, jedenfalls nicht ausgeschlossen wird.
- <sup>63</sup> OGH 27. 11. 1975, 2 Ob 205/75, ZVR 1976/321.
- <sup>64</sup> OGH 20. 6. 2002, 2 Ob 103/01p; OLG Wien 8. 10. 1987, 15 R 174/87, EFSIlg 54.254.
- <sup>65</sup> RIS-Justiz RS0009696; zuletzt OGH 24. 5. 2016, 1 Ob 97/16w; zur Begründung der Aktivlegitimation siehe *Ch. Huber in Schwimann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 36.
- <sup>66</sup> RIS-Justiz RS0026982; zuletzt OGH 29. 8. 2019, 3 Ob 126/19d.
- <sup>67</sup> RIS-Justiz RS0030643; zB OGH 2. 2. 1955, 3 Ob 12/55, SZ 28/28; zuletzt OGH 17. 9. 2020, 2 Ob 70/20p.
- <sup>68</sup> RIS-Justiz RS0030070; zB OGH 8. 6. 1971, 8 Ob 109/71, ZVR 1972/96; zuletzt OGH 31. 10. 2018, 7 Ob 187/18b.
- <sup>69</sup> OGH 23. 10. 1997, 2 Ob 82/97s; dazu *Ch. Huber*, ZVR 1998, 74 ff.
- <sup>70</sup> RIS-Justiz RS0108906: „Die Kosten einer künftigen Heilbehandlung können vom Geschädigten, der die Heilbehandlung ernstlich beabsichtigt, nur vorschussweise begehrt werden. Dem Verletzten gebührt daher kein Ersatz von Heilbehandlungskosten, wenn feststeht, dass die Heilbehandlung unterbleibt (zum Beispiel Tod der Schluss der Verhandlung erster Instanz).“
- <sup>71</sup> Dazu näher *Schwarzenegger/Thunhart*, ÖJZ 2001, 673 ff; *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 59.
- <sup>72</sup> OGH 28. 4. 2011, 1 Ob 48/11g.
- <sup>73</sup> OLG Linz 8. 5. 1998, 4 R 259/97d, ZVR 1999/88.
- <sup>74</sup> *Reischauer in Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 13.
- <sup>75</sup> OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 173/14a.
- <sup>76</sup> RIS-Justiz RS0030678; zuletzt OGH 20. 1. 2005, 2 Ob 7/05a.
- <sup>77</sup> RIS-Justiz RS0030678; zB OGH 20. 11. 1985, 8 Ob 32/85, ZVR 1987/45; zuletzt OGH 20. 1. 2005, 2 Ob 7/05a; OLG Linz 8. 5. 1998, 4 R 259/97d.

- <sup>78</sup> OLG Innsbruck 24. 9. 1992, 2 R 200/92, ZVR 1993/151; ebenso zur Delfintherapie nun auch OGH 19. 5. 2009, 3 Ob 283/08a, ZVR 2010/45 (*Kathrein*); 21. 4. 2010, 7 Ob 63/10f; zu therapeutischem Reiten und Schwimmen OLG Innsbruck 26. 1. 2011, 1 R 4/11i, ZVR 2011/233 (*Ch. Huber*).
- <sup>79</sup> OGH 18. 11. 1982, 8 Ob 91/82 ua.
- <sup>80</sup> OGH 27. 9. 1978, 8 Ob 135/78.
- <sup>81</sup> RIS-Justiz RS0031108; zB OGH 6. 6. 1986, 8 Ob 33/86; zuletzt OGH 15. 11. 2007, 2 Ob 190/07s.
- <sup>82</sup> RIS-Justiz RS0030213; OGH 6. 6. 1986, 8 Ob 33/86; 14. 6. 2005, 2 Ob 47/05h; 1. 9. 2005, 2 Ob 104/05s; 12. 6. 2006, 2 Ob 89/06m, ZVR 2007/52 (kritisch *Kathrein*).
- <sup>83</sup> OGH 14. 6. 2005, 2 Ob 47/05h.
- <sup>84</sup> ZB OGH 25. 4. 1996, 2 Ob 2031/96g.
- <sup>85</sup> OGH 11. 5. 1978, 2 Ob 34/78, ZVR 1979/21.
- <sup>86</sup> RIS-Justiz RS0030213; zB OGH 6. 6. 1986, 8 Ob 33/86; zuletzt OGH 17. 9. 2020, 2 Ob 99/20b.
- <sup>87</sup> *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 52.
- <sup>88</sup> RIS-Justiz RS0087380; zB OGH 7. 12. 1995, 2 Ob 86/95; zuletzt OGH 22. 10. 2019, 2 Ob 24/19x.
- <sup>89</sup> ZB OGH 11. 3. 1980, 2 Ob 37/80, ZVR 1980/302.
- <sup>90</sup> OGH 19. 10. 2000, 2 Ob 152/99p.
- <sup>91</sup> OGH 26. 2. 1998, 2 Ob 49/98i.
- <sup>92</sup> RIS-Justiz RS0022789; zB OGH 24. 3. 1983, 8 Ob 182/82, RZ 1984/12; zuletzt OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 219/19y.
- <sup>93</sup> OGH 10. 12. 1999, 2 Ob 338/99s.
- <sup>94</sup> *Apathy*, EKHG, § 13 Rz 32.
- <sup>95</sup> RIS-Justiz RS0022789 (T10 und T 17); OGH 29. 3. 2004, 5 Ob 38/04f; 16. 7. 2009, 2 Ob 137/09z.
- <sup>96</sup> OLG Linz 28. 6. 2000, 2 R 87/00b, ZVR 2001/27.
- <sup>97</sup> OGH 19. 10. 2000, 2 Ob 152/99p.
- <sup>98</sup> OGH 26. 2. 1998, 2 Ob 49/98i; 26. 5. 1999, 5 Ob 50/99k, *ecolex* 1999/270 (zustimmend *Th. Rabi*); 10. 12. 1999, 2 Ob 338/99s; 20. 6. 2002, 2 Ob 99/02a; 14. 6. 2005, 2 Ob 24/04z; 29. 3. 2004, 5 Ob 38/04f; 27. 4. 2006, 2 Ob 176/05d, ZVR 2007/124 (kritisch *Ch. Huber*).
- <sup>99</sup> ZB OGH 26. 5. 1999, 5 Ob 50/99k; 27. 4. 2006, 2 Ob 176/05d.
- <sup>100</sup> RIS-Justiz RS0022789 (T17); OGH 27. 4. 2006, 2 Ob 176/05d; 21. 4. 2010, 7 Ob 63/10f (dazu kritisch *Schmaranzer*, Zak 2010, 248); 22. 2. 2011, 8 Ob 15/11f (unter Ablehnung dieser Kritik).
- <sup>101</sup> Siehe auch *Veith*, ZVR 2014, 114; *Karner*, ZVR 2016, 117 f.
- <sup>102</sup> *Veith*, ZVR 2014, 113; siehe auch OGH 20. 6. 2002, 2 Ob 99/02a.
- <sup>103</sup> OGH 10. 12. 1999, 2 Ob 338/99s.
- <sup>104</sup> OGH 6. 10. 2000, 1 Ob 161/00h.
- <sup>105</sup> OLG Innsbruck 1. 9. 1998, 4 R 213/98z, ZVR 1999/74.
- <sup>106</sup> OLG Innsbruck 3 R 25/91.
- <sup>107</sup> OLG Innsbruck 8. 3. 2006, 1 R 160/05x, ZVR 2006/158 (zustimmend *Danzl*).
- <sup>108</sup> RIS-Justiz RS0102106; OGH 23. 2. 1995, 2 Ob 6/95.
- <sup>109</sup> OGH 23. 3. 1988, 8 Ob 72/87.
- <sup>110</sup> OGH 23. 3. 1988, 8 Ob 72/87.
- <sup>111</sup> OGH 17. 3. 1961, 2 Ob 126/61 ua.
- <sup>112</sup> OGH 11. 1. 1996, 2 Ob 98/95.
- <sup>113</sup> OGH 17. 9. 2020, 2 Ob 99/20b.
- <sup>114</sup> OLG Wien 14 R 242/99g.
- <sup>115</sup> OGH 4. 7. 1984, 8 Ob 17/84.
- <sup>116</sup> OGH 25. 4. 1996, 2 Ob 2031/96g; für einen entsprechenden Abzug allerdings OGH 1. 9. 2005, 2 Ob 104/05s.
- <sup>117</sup> RIS-Justiz RS0102105; OGH 14. 6. 2005, 2 Ob 47/05h.
- <sup>118</sup> OGH 23. 2. 1995, 2 Ob 6/95; 1. 9. 2005, 2 Ob 104/05s; 12. 6. 2006, 2 Ob 89/06m.
- <sup>119</sup> OGH 12. 6. 2006, 2 Ob 89/06m.
- <sup>120</sup> OGH 25. 10. 2000, 2 Ob 253/00w.
- <sup>121</sup> OGH 1. 9. 2005, 2 Ob 104/05s; 12. 6. 2006, 2 Ob 89/06m.
- <sup>122</sup> OGH 25. 10. 2000, 2 Ob 253/00w.
- <sup>123</sup> OGH 10. 4. 1975, 2 Ob 177/74, ZVR 1976/107; 8. 9. 1977, 2 Ob 153/77, ZVR 1978/178.
- <sup>124</sup> OGH 14. 6. 2005, 2 Ob 47/05h.
- <sup>125</sup> RIS-Justiz RS0030592; zuletzt OGH 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>126</sup> OGH 10. 11. 1987, 2 Ob 44/87.
- <sup>127</sup> OGH 5. 9. 1990, 2 Ob 50/90.
- <sup>128</sup> OLG Innsbruck 6 R 136/86.
- <sup>129</sup> OGH 25. 6. 2014, 2 Ob 48/14v (auch zur Bevorschussung der Kosten); siehe auch *Karner*, ZVR 2016, 116.
- <sup>130</sup> OGH 10. 4. 1991, 2 Ob 10/91; zu Recht kritisch *Ch. Huber*, ZVR 1992, 545.
- <sup>131</sup> RIS-Justiz RS0031108 (T1); OGH 30. 1. 1969, 2 Ob 396/68; 24. 10. 1985, 8 Ob 31/85; 5. 9. 1990, 2 Ob 50/90.
- <sup>132</sup> OGH 26. 2. 2003, 7 Ob 281/02b.
- <sup>133</sup> OGH 10. 6. 1953, 3 Ob 372/53.
- <sup>134</sup> OGH 9. 3. 1962, 2 Ob 70/62.
- <sup>135</sup> OLG Wien 21. 5. 2015, 15 R 67/15f, ZVR 2016/82 (kritisch *Ch. Huber*).
- <sup>136</sup> RIS-Justiz RS0030726; zB OGH 23. 11. 1978, 2 Ob 186/78, ZVR 1979/232; zuletzt OGH 24. 4. 2012, 2 Ob 114/11w; *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 22; *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 61.
- <sup>137</sup> RIS-Justiz RS0030483 (T1); OGH 14. 11. 1974, 2 Ob 255/74, ZVR 1975/166; 15. 2. 1978, 8 Ob 18/78, ZVR 1978/325; zuletzt OGH 8. 6. 2015, 2 Ob 81/15y; *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 22.
- <sup>138</sup> OGH 25. 9. 1984, 2 Ob 55/84.
- <sup>139</sup> RIS-Justiz RS0030425 (T13, T15 und T16); OGH 9. 3. 2010, 1 Ob 12/10m.
- <sup>140</sup> Vgl auch *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 24.
- <sup>141</sup> *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 6 und 53 ff.
- <sup>142</sup> OGH 29. 10. 1998, 2 Ob 270/98i.
- <sup>143</sup> OGH 25. 2. 1999, 2 Ob 27/99f.
- <sup>144</sup> ZB OGH 20. 12. 1979, 8 Ob 210/79, ZVR 1980/231.
- <sup>145</sup> OGH 2. 10. 2001, 2 Ob 16/01v.
- <sup>146</sup> RIS-Justiz RS0030970; zB OGH 24. 4. 1969, 2 Ob 331/68 ua, EvBl 1969/374; zuletzt OGH 25. 4. 2018, 2 Ob 18/18p.
- <sup>147</sup> RIS-Justiz RS0030970; zB OGH 24. 4. 1969, 2 Ob 331/68 ua; 17. 5. 2000, 2 Ob 138/00h; zuletzt OGH 25. 4. 2018, 2 Ob 18/18p.
- <sup>148</sup> OGH 25. 5. 1972, 2 Ob 297/71, EvBl 1972/318.
- <sup>149</sup> OGH 10. 6. 2008, 4 Ob 78/08m.
- <sup>150</sup> RIS-Justiz RS0030892; zB OGH 10. 5. 1979, 8 Ob 7/79; zuletzt OGH 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f.
- <sup>151</sup> OGH 1. 3. 1984, 8 Ob 150/83, ZVR 1985/11.
- <sup>152</sup> Vgl OGH 28. 4. 2008, 2 Ob 227/07g, ZVR 2009/10 (*Kathrein*): Nach Umschulung verdiente der Verletzte im neuen Hauptberuf mehr als zuvor in Haupt- und (nicht mehr leistbarer) Nebentätigkeit; *in casu* kein Ersatz des Entgangs des Nebenerwerbs; vgl weiters OGH 14. 8. 2008, 2 Ob 191/07p, ZVR 2010/9 (*Ch. Huber*): Verdienst eines freischaffenden Landschaftsmalers, der verletzungsbedingt nicht mehr auf Motivsuche gehen kann.
- <sup>153</sup> *Wagner* in *Schwimmann/Kodek*, ABGB<sup>4</sup>, Vor §§ 1293 ff Rz 15 ff.
- <sup>154</sup> OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 235/14v; 28. 8. 2019, 7 Ob 102/19d.
- <sup>155</sup> RIS-Justiz RS0030675; zB OGH 26. 5. 1977, 2 Ob 50/77 ua, SZ 50/77; zuletzt OGH 14. 8. 2008, 2 Ob 191/07p.
- <sup>156</sup> OGH 1. 12. 1981, 2 Ob 110/81 ua, ZVR 1982/188; 7. 7. 2008, 6 Ob 75/08k.
- <sup>157</sup> OGH 24. 2. 1987, 2 Ob 10/87.
- <sup>158</sup> OLG Innsbruck 15. 9. 1994, 2 R 158/94, ZVR 1996/50.
- <sup>159</sup> OGH 7. 10. 1959, 2 Ob 287/59 ua, ZVR 1960/238.
- <sup>160</sup> OGH 17. 12. 1986, 8 Ob 86/86; 28. 4. 2009, 5 Ob 52/09x.
- <sup>161</sup> OGH 16. 5. 1956, 2 Ob 265/56, ZVR 1957/181.
- <sup>162</sup> OGH 26. 1. 1968, 2 Ob 285/67, EvBl 1968/324.
- <sup>163</sup> RIS-Justiz RS0030927; zB OGH 29. 8. 1956, 2 Ob 431/56, ZVR 1957/101; zuletzt OGH 19. 12. 1989, 2 Ob 142/89.
- <sup>164</sup> RIS-Justiz RS0030613; zB OGH 25. 9. 1969, 2 Ob 228/69.
- <sup>165</sup> OGH 11. 2. 1982, 8 Ob 89/81, ZVR 1982/417.
- <sup>166</sup> OGH 26. 10. 1956, 2 Ob 615/55, JBI 1956, 284 (freie Unterkunft mit Bekleidung und Taschengeld); 14. 9. 1977, 8 Ob 116/77 ua, ZVR 1978/165 (freie Station, Dienstwohnung).
- <sup>167</sup> OGH 12. 5. 1981, 2 Ob 62/81.
- <sup>168</sup> OGH 25. 3. 1999, 2 Ob 289/97g; dazu mit theoretischen Berechnungsmodellen *Ch. Huber*, ZVR 2000, 290 ff; kritisch auch schon *Iro*, Entgeltanspruch für „Schwarzarbeit“, RdW 1999, 453.

- <sup>169</sup> OGH 11. 9. 1975, 2 Ob 144/75, ZVR 1976/206.
- <sup>170</sup> OGH 27. 9. 2007, 2 Ob 8/07a.
- <sup>171</sup> *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 68.
- <sup>172</sup> *Danzl*, EKHG<sup>10</sup> (2018) § 13 E 76 bis 85.
- <sup>173</sup> *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 56.
- <sup>174</sup> *Schauer* in *Schwimmann/Kodek*, ABGB<sup>4</sup>, §§ 12 – 14 EKHG Rz 17; *Solé/Veith*, Schadensrente, 205.
- <sup>175</sup> RIS-Justiz RS0104094; RS0030704; RS0030916.
- <sup>176</sup> ZB OGH 25. 4. 1952, 2 Ob 3/52.
- <sup>177</sup> *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 28; *Solé/Veith*, Schadensrente, 209.
- <sup>178</sup> RIS-Justiz RS0031053; OGH 15. 9. 1961, 2 Ob 288/61, ZVR 1962/60; zuletzt OGH 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f.
- <sup>179</sup> OGH 4. 12. 1975, 2 Ob 254/75, ZVR 1976/207; OLG Innsbruck, ZVR 1988/145.
- <sup>180</sup> OGH 26. 4. 2001, 6 Ob 203/00x.
- <sup>181</sup> So auch *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 28.
- <sup>182</sup> RIS-Justiz RS0030892; zB OGH 10. 5. 1979, 8 Ob 7/79; zuletzt OGH 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f.
- <sup>183</sup> OGH 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f; *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 28; *Solé/Veith*, Schadensrente, 210.
- <sup>184</sup> OGH 28. 11. 2017, 2 Ob 184/17y.
- <sup>185</sup> *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 58.
- <sup>186</sup> OGH 26. 5. 1997, 2 Ob 79/97z; *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 27.
- <sup>187</sup> *Ch. Huber* in *Schwimmann/Neumayr*, ABGB-Taschenkommentar<sup>5</sup>, § 1325 Rz 12; *derselbe*, ZVR 2010, 138.
- <sup>188</sup> RIS-Justiz RS0022868; zB OGH 6. 5. 1960, 2 Ob 133/60; vgl auch OGH 15. 12. 2010, 4 Ob 193/10a (Einnahmenausfall eines Landwirts einschließlich Umsatzsteuer).
- <sup>189</sup> RIS-Justiz RS0022868; zB OGH 6. 5. 1960, 2 Ob 133/60; zuletzt OGH 30. 8. 2011, 10 Ob 55/11b; OLG Wien 23. 12. 1998, 11 R 170/98w, ZVR 2000/32.
- <sup>190</sup> OGH 23. 6. 1983, 8 Ob 77/83, ZVR 1984/204.
- <sup>191</sup> OGH 25. 6. 1998, 2 Ob 147/98a.
- <sup>192</sup> VfGH 13. 3. 2006, B 242/06; weiterführend *W. Doralt*, VfGH: Mehrbedarfsrente steuerfrei, RdW 2007, 180; *Neumayr/H. Steiner*, Zak 2007, 63 ff; *Achatz*, Aktuelles zur Besteuerung von Schadenersatzrenten, in FS *Reischauer* (2010) 25.
- <sup>193</sup> ZB OGH 12. 2. 1998, 2 Ob 2056/96h; zuletzt OGH 20. 9. 2012, 2 Ob 27/12b; 14. 4. 2020, 1 Ob 50/20i.
- <sup>194</sup> ZB OGH 30. 8. 1994, 5 Ob 532/93; 29. 4. 1997, 1 Ob 2201/96z.
- <sup>195</sup> *Koziol*, Österreichisches Haftpflichtrecht I<sup>4</sup> (2020) Kap D.2 Rz 15; *derselbe*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 69.
- <sup>196</sup> RIS-Justiz RS0043287; OGH 24. 3. 1994, 2 Ob 21/94, *ecolex* 1994, 560 (*M. Mohr*); 8. 2. 1996, 2 Ob 8/96.
- <sup>197</sup> OGH 10. 6. 2009, 2 Ob 6/09k.
- <sup>198</sup> Ständige Rechtsprechung, zuletzt OGH 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z.
- <sup>199</sup> OGH 26. 6. 2003, 2 Ob 135/03x.
- <sup>200</sup> OGH 22. 2. 2007, 2 Ob 156/06i, ZVR 2007/255 (*Ch. Huber*); 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z.
- <sup>201</sup> OGH 30. 6. 1994, 2 Ob 54/94.
- <sup>202</sup> RIS-Justiz RS0031019; zB OGH 18. 4. 1968, 2 Ob 12/68; zuletzt OGH 26. 2. 2019, 2 Ob 14/18z.
- <sup>203</sup> OGH 7. 5. 2019, 10 Ob 98/18m.
- <sup>204</sup> *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 64.
- <sup>205</sup> OGH 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z; *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 65.
- <sup>206</sup> ZB OGH 10. 8. 1998, 7 Ob 33/98y.
- <sup>207</sup> OGH 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z.
- <sup>208</sup> OGH 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z.
- <sup>209</sup> Zur Einpersonen-GmbH OGH 26. 2. 2019, 2 Ob 14/18z.
- <sup>210</sup> RIS-Justiz RS0022525 (T3); OGH 15. 2. 1983, 1 Ob 34/82 ua, SZ 55/190; 2. 10. 2002, 9 Ob 208/02g.
- <sup>211</sup> OGH 22. 2. 2007, 2 Ob 156/06i; 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z.
- <sup>212</sup> OGH 30. 8. 1988, 2 Ob 42/87 (auch im Falle einer Ein-Mann-GmbH); 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z; kritisch *Ch. Huber*, Auslandsunfall eines deutschen Ehepaars in Österreich, ZVR 2008, 484 (486 f).
- <sup>213</sup> OGH 14. 2. 2008, 2 Ob 238/07z (in Ablehnung der Vorjudikatur: Analogie zur Anspruchsberechtigung bei Pflegeleistungen und Besuchskosten); zustimmend *Ch. Huber*, ZVR 2008, 484 ff.
- <sup>214</sup> OGH 25. 2. 2016, 2 Ob 27/16h.
- <sup>215</sup> OGH 14. 8. 2008, 2 Ob 191/07p.
- <sup>216</sup> OGH 12. 6. 2003, 2 Ob 110/03w.
- <sup>217</sup> Zum Landwirt und zum im landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeitenden Ehegatten zB OGH 10. 5. 1988, 2 Ob 48/88.
- <sup>218</sup> OGH 15. 9. 1961, 2 Ob 288/61.
- <sup>219</sup> Vgl *Fucik* in *Fucik/Hartl/Schlosser*, Verkehrsunfall, Rz 730 f.
- <sup>220</sup> OGH 20. 5. 2009, 2 Ob 205/08y, EvBl 2009/142 (*B. C. Steininger*) = ZVR 2010/82 (*Kathrein*).
- <sup>221</sup> OGH 24. 4. 2012, 2 Ob 114/11w.
- <sup>222</sup> OGH 25. 7. 2019, 2 Ob 2/19m, EvBl 2020/16 (*Kapetanovic*).
- <sup>223</sup> RIS-Justiz RS0030870; zB OGH 7. 11. 1963, 2 Ob 256/63; zuletzt OGH 18. 4. 2002, 2 Ob 38/02f.
- <sup>224</sup> ZB OGH 25. 4. 1952, 2 Ob 3/52.
- <sup>225</sup> RIS-Justiz RS0001123; zB OGH 25. 4. 1952, 2 Ob 3/52; zuletzt OGH 1. 2. 1983, 2 Ob 271/82.
- <sup>226</sup> Seit OGH 20. 9. 1881, GIU 8512.
- <sup>227</sup> OGH 11. 12. 1985, 8 Ob 614/85 ua; 11. 3. 1993, 2 Ob 9/93.
- <sup>228</sup> OGH 1. 3. 1984, 8 Ob 150/83; 5. 6. 2002, 2 Ob 133/02s, JBl 2003, 242 (*Faber*); 19. 10. 2006, 2 Ob 67/05z, ZVR 2007/32 (*Danzl*); 19. 10. 2006, 2 Ob 126/06b; ablehnend *Wittwer*, Zum Comeback einer Rechtsfigur – Die abstrakte Rente lebt weiter! ZVR 2004, 51.
- <sup>229</sup> OGH 12. 9. 2003, 2 Ob 143/03y; danach vor allem auch OGH 19. 10. 2006, 2 Ob 67/05z; 23. 3. 2007, 2 Ob 194/06b; daran massive, teils polemische Kritik von *Reischauer* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 36, der – nicht zu Unrecht – fordert, dass die infolge der Beeinträchtigung erforderlichen Mehranstrengungen in Form von Schmerzensgeld abzugelten seien (was nach der OGH-Entscheidung vom 16. 3. 2000, 2 Ob 83/99s, nur dann zu erfolgen hat, wenn die Voraussetzungen für die abstrakte Rente fehlen); siehe auch *Wittwer*, ZVR 2004, 51 ff; *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 75 ff.
- <sup>230</sup> RIS-Justiz RS0030692 (T2); OGH 21. 12. 1967, 2 Ob 360/67; 5. 6. 2002, 2 Ob 133/02a; 23. 3. 2007, 2 Ob 194/06b; zuletzt OGH 29. 4. 2009, 2 Ob 234/08p, ZVR 2010/46 (*Ch. Huber*); 12. 11. 2009, 2 Ob 176/09k, EvBl 2010/53 (*Ondreasova*) = ZVR 2011/36 (*Ch. Huber*).
- <sup>231</sup> ZB OGH 12. 3. 1964, 2 Ob 21/64, JBl 1965, 208.
- <sup>232</sup> RIS-Justiz RS0030614; zB OGH 29. 4. 2009, 2 Ob 234/08p; siehe auch OGH 5. 6. 2002, 2 Ob 133/02a.
- <sup>233</sup> ZB OGH 4. 6. 1981, 8 Ob 8/81, EvBl 1982/34.
- <sup>234</sup> ZB OGH 5. 6. 2002, 2 Ob 133/02a; 19. 10. 2006, 2 Ob 67/05z; 19. 10. 2006, 2 Ob 126/06b; 23. 3. 2007, 2 Ob 194/06b.
- <sup>235</sup> OGH 29. 4. 2009, 2 Ob 234/08p.
- <sup>236</sup> OGH 12. 11. 2009, 2 Ob 176/09k.
- <sup>237</sup> OGH 1. 10. 1981, 8 Ob 233/81, ZVR 1982/270; 19. 10. 2006, 2 Ob 126/06b.
- <sup>238</sup> OGH 21. 12. 1967, 2 Ob 360/67; 27. 10. 1976, 8 Ob 177/76, ZVR 1977/300.
- <sup>239</sup> OGH 6. 9. 1984, 8 Ob 44/84; 11. 12. 1985, 8 Ob 614/85 ua; 19. 10. 2006, 2 Ob 67/05z; 12. 11. 2009, 2 Ob 176/09k; 25. 6. 2009, 2 Ob 39/09p.
- <sup>240</sup> RIS-Justiz RS0030709; zB OGH 23. 3. 1962, 2 Ob 80/62, EvBl 1962/287; 21. 12. 1967, 2 Ob 360/67; zuletzt OGH 29. 4. 2009, 2 Ob 234/08p.
- <sup>241</sup> ZB OGH 11. 12. 1985, 8 Ob 614/85 ua.
- <sup>242</sup> RIS-Justiz RS0030614; zB OGH 21. 11. 1968, 2 Ob 308/68; zuletzt OGH 19. 1. 2016, 2 Ob 230/15k.
- <sup>243</sup> RIS-Justiz RS0030614 (T7); OGH 16. 3. 2000, 2 Ob 83/99s.
- <sup>244</sup> RIS-Justiz RS0030857 (T3); OGH 21. 11. 1985, 8 Ob 640/85.
- <sup>245</sup> RIS-Justiz RS0030857; zB OGH 13. 11. 1957, 2 Ob 414/57, ZVR 1958/86; zuletzt OGH 12. 11. 2009, 2 Ob 176/09k.
- <sup>246</sup> Zuletzt wieder OGH 12. 11. 2009, 2 Ob 176/09k.
- <sup>247</sup> RIS-Justiz RS0030793; zB OGH 3. 3. 1966, 2 Ob 41/66, EvBl 1966/355.
- <sup>248</sup> *Apathy*, EKHG, § 13 Rz 14.
- <sup>249</sup> Kritisch zur Berechnung auch *Danzl* in *Koziol/Bydlinski/Bollenberger*, ABGB<sup>5</sup>, § 1325 Rz 21.
- <sup>250</sup> *Koziol*, Haftpflichtrecht II<sup>3</sup>, Kap A.5 Rz 86.

- <sup>251</sup> RIS-Justiz RS0030922; zB OGH 25. 10. 1950, 2 Ob 362/50; 14. 7. 2010, 7 Ob 14/10z, ZVR 2011/145 (*Ch. Huber*); 28. 3. 2019, 2 Ob 179/18i, EvBI 2019/147 (*Rohrer und S. Gruber*) = RZ 2019/14 (*Spenling*) = ZVR 2020/99 (*Ch. Huber*); zuletzt OGH 22. 10. 2019, 2 Ob 24/19x.
- <sup>252</sup> RIS-Justiz RS0030862; OGH 8. 9. 1976, 8 Ob 142/76, ZVR 1977/111; 4. 9. 1997, 2 Ob 2123/96m.
- <sup>253</sup> ZVR 2008/228 (*Ch. Huber*).
- <sup>254</sup> OGH 4. 9. 1997, 2 Ob 2123/96m.
- <sup>255</sup> OGH 28. 3. 2019, 2 Ob 179/18i.
- <sup>256</sup> OGH 24. 6. 2021, 2 Ob 43/21v, EvBI 2022/4 (*Painsi und Ch. Huber*).
- <sup>257</sup> OGH 15. 4. 2010, 6 Ob 11/10a.
- <sup>258</sup> OGH 1. 3. 1988, 8 Ob 70/87.
- <sup>259</sup> RIS-Justiz RS0030922; zB OGH 25. 10. 1950, 2 Ob 362/50; 21. 4. 2010, 7 Ob 63/10f (dazu *Schmaranzer*, Zak 2010, 248); zuletzt OGH 22. 10. 2019, 2 Ob 24/19x.
- <sup>260</sup> ZB OGH 27. 2. 1986, 8 Ob 86/85.
- <sup>261</sup> OGH 22. 10. 2019, 2 Ob 148/19g.
- <sup>262</sup> ZB OGH 3. 7. 1984, 2 Ob 138/83 ua, ZVR 1985/46.
- <sup>263</sup> OGH 12. 10. 1978, 2 Ob 163/78 ua, ZVR 1979/182.
- <sup>264</sup> OGH 26. 9. 1972, 8 Ob 187/72, ZVR 1974/1.
- <sup>265</sup> ZB OGH 9. 5. 1968, 2 Ob 367/67.
- <sup>266</sup> RIS-Justiz RS0030837; zB OGH 15. 10. 1970, 2 Ob 324/70, ZVR 1971/157; zuletzt OGH 4. 11. 1982, 8 Ob 198/82.
- <sup>267</sup> RIS-Justiz RS0022843; zB OGH 26. 6. 1969, 2 Ob 157/69.
- <sup>268</sup> OGH 20. 12. 1979, 8 Ob 210/79.
- <sup>269</sup> OGH 6. 11. 1975, 2 Ob 208/75.
- <sup>270</sup> Vgl *Reischauer in Rummel*, ABGB<sup>3</sup>, § 1325 Rz 24 und 38.
- <sup>271</sup> OGH 29. 4. 1992, 2 Ob 19/92; 14. 11. 1996, 2 Ob 2285/96k.
- <sup>272</sup> OGH 7. 12. 2000, 2 Ob 324/00m.
- <sup>273</sup> RIS-Justiz RS0022883; zB OGH 14. 6. 1978, 8 Ob 69/78; zuletzt OGH 30. 3. 2020, 2 Ob 184/19a.
- <sup>274</sup> RIS-Justiz RS0031383; zB OGH 4. 7. 1951, 2 Ob 322/51; zuletzt OGH 28. 8. 1985, 1 Ob 16/85.
- <sup>275</sup> RIS-Justiz RS0030978; zB OGH 14. 6. 1988, 2 Ob 35/87; zuletzt OGH 20. 5. 2009, 2 Ob 205/08y.
- <sup>276</sup> RIS-Justiz RS0027143; zB OGH 29. 10. 1964, 2 Ob 319/64, EvBI 1965/127; zuletzt OGH 28. 1. 2020, 4 Ob 146/19b.
- <sup>277</sup> ZB OGH 14. 6. 1978, 8 Ob 69/78.
- <sup>278</sup> OGH 7. 12. 2000, 2 Ob 324/00m.
- <sup>279</sup> RIS-Justiz RS0027787; zB OGH 25. 6. 1970, 2 Ob 210/70; zuletzt OGH 16. 9. 2020, 7 Ob 105/20x.
- <sup>280</sup> OGH 8. 10. 1976, 2 Ob 176/76, ZVR 1977/132.
- <sup>281</sup> ZB OGH 4. 2. 1976, 8 Ob 505/76 ua.
- <sup>282</sup> OGH 30. 8. 1988, 2 Ob 11/88.
- <sup>283</sup> OGH 3. 4. 1979, 2 Ob 35/79, ZVR 1980/152; zur Aufgabe eines Ersatzarbeitsplatzes siehe OGH 20. 5. 2009, 2 Ob 205/08y.
- <sup>284</sup> OGH 28. 1. 2020, 4 Ob 146/19b.
- <sup>285</sup> OGH 7. 12. 2000, 2 Ob 324/00m.
- <sup>286</sup> OGH 15. 5. 1963, 2 Ob 116/63, ZVR 1963/269.
- <sup>287</sup> OGH 29. 11. 1962, 2 Ob 238/62, VersR 1964, 1161 (*Wahle*).
- <sup>288</sup> RIS-Justiz RS0030643; zB OGH 30. 9. 1960, 2 Ob 207/60; zuletzt OGH 17. 9. 2020, 2 Ob 70/20p (mit Hinweis auf die Untauglichkeit abstrakter Größen wie der bedarfsorientierten Mindestsicherung oder des unterhaltsrechtlichen Regelbedarfs).
- <sup>289</sup> OGH 16. 12. 2009, 7 Ob 240/09h.
- <sup>290</sup> OGH 14. 8. 2008, 2 Ob 226/07k, ZVR 2009/206 (*Ch. Huber*).
- <sup>291</sup> ZB OGH 14. 3. 1990, 2 Ob 26/90.
- <sup>292</sup> OGH 14. 3. 1990, 2 Ob 26/90.
- <sup>293</sup> RIS-Justiz RS0028348; zB OGH 31. 8. 1961, 2 Ob 258/61; zuletzt OGH 9. 5. 1990, 2 Ob 43/90 ua.
- <sup>294</sup> RIS-Justiz RS0031403; OGH 19. 12. 1961, 2 Ob 463/61, EvBI 1962/113 (Urlaubsabfindung); 25. 4. 2018, 2 Ob 63/18f (Urlaubsersatzleistung gemäß § 13e GehG).
- <sup>295</sup> RIS-Justiz RS0031337; zB OGH 11. 3. 1953, 2 Ob 106/53; zuletzt OGH 15. 4. 1980, 2 Ob 215/79 ua.
- <sup>296</sup> RIS-Justiz RS0031478; zB OGH 16. 12. 1960, 2 Ob 349/60; 12. 3. 1975, 8 Ob 27/75, ZVR 1976/29; 21. 10. 1999, 2 Ob 203/98m (Sondermotstandshilfe); anders für das Arbeitslosengeld OGH 9. 7. 1970, 2 Ob 380/69 ua; 29. 4. 1971, 2 Ob 79/71, ZVR 1972/13; 14. 12. 1982, 2 Ob 257/82; 29. 4. 2004, 6 Ob 260/03h.
- <sup>297</sup> RIS-Justiz RS0031417; RS0030905; zuletzt OGH 15. 11. 2007, 2 Ob 190/07s.
- <sup>298</sup> OGH 30. 7. 2009, 8 Ob 27/09t.
- <sup>299</sup> OGH 29. 4. 2004, 6 Ob 260/03h.
- <sup>300</sup> OGH 25. 4. 2018, 2 Ob 18/18p.

*Korrespondenz:*  
*Dr. Robert Fucik*  
*E-Mail: robert.fucik@justiz.gv.at*